

Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der
Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

XXXII. Jahrgang

Berlin, 9. März 1928

Nummer 10

Inhaltsverzeichnis

Christliche Gewerkschaften und Politik	E. D.
Arbeiterbildung und Volksbildung	S.
Wagere Sozialpolitik erdrückt durch den Fleischwucher	G. A.
Das wahre Gesicht der Prüfungen	H. Schumacher
Die letzte Stunde	New Leader
Die Werkschulen der Industrie	*
Regiebetriebe I	Dr. G. Petermann
Die Staatsarbeiter Bayerns im Jahre 1927	Weigl
Petroleum II	Sinclair
Arbeitsgerichte * Gas, Wasser, Elektrizität * Reichs- und Staatsarbeiter * Aus den deutschen Gewerkschaften * Aus unserer Bewegung * Landstraßenwärter * Mundschau	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 36, Schlesiſche Straße 42 / Telephon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Zigaretten

ein feiner Genuss

Zeronth 5 Pf.
Thadmor 4 Pf.
Arbeitersportler 4 Pf.

IM KONSUMVEIREIN

Böhmische Bettfedern



aus erster Hand.

1 Pfd. grau, gute Schließfedern M. 1.—, bessere M. 2.—, weiße geschl. flaumige M. 2,75 u. 4.—, Halbflaum-Herrschaftsfedern M. 5.—, 5,50, 6,25.

1 Pfd. Rupffedern, ungeschl. halbweiße M. 2,25, weiße M. 4.—, allerfeinste M. 5,25. Zollfrei gegen Nachn. von 8 Pfd. aufwärts franko. Nichtpassend. umgetauscht oder Geld zurück. Muster umsonst.

Max Steiner, Klattau Nr. 359 (Böhmerwald)

Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine gutfüllende Sorten

Ein kg. graue, geschl. M. 3.—, halbweiße M. 4.—, weiße M. 5.—, besser M. 6.—, dünnenweiße M. 8.—, 10.—, beste Sorte M. 12.—, 14.—, weiße ungeschl. M. 7,50, 9,50, best. Sorte M. 11.— Versand portofrei, Zollfrei gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gesichert.

Benedikt Sächsel, Lobes Nr. 260, b. Pilsen, Böhmen.

Eisen-Betten, Stahlmattressen, günstig an Private. Katalog 147 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Aria-Rad

Fracht- und Verpackungsfrei Teilzahlung

Fahrräder M. 42.—, 58.—, 70.—, 76.—

„Aria“-Fahrräder mit Torpedo und Continental M. 80.—, 84.—, 88.—, 92.— etc.

Fahrrad-Bereitungen
Decken M. 2,45, 2,85, 3,75
Schläuche M. —, 95, 1,50, 1,85

Alle Zubehöriteile
Mähmaschinen, Sprechapparate, Uhren, Photo-Artikel etc.

Illustr. Katalog Nr. 36 frei.
G.m. Frankfurt a.M.
b.H.

la Molkereibutter

tägl. frisch in 1/2 u. 1/4 Pfd.-Stück od. in Block

la Emmenthaler vollfett
la Emmenthaler ohne Rinde
la Stangenlimburger 20%
la Alp-Ramadonkäse 50%
la Alp-Rahmkäsechen 50%
in 60 u. 90 Gr. Stück.
la Camembert 50%

versend. in Postpaket netto 9 Pfd. Inhalt frei Haus zum jeweiligen billigsten Tagespreise gegen Nachnahme

F. Schneider
Butter- u. Käsefabrik
Mindelheim, Allg. B. 111

Garantie-Fahrräder

Markendrehlauf, 12 Bereifung, fracht- u. verpackungsfrei g. Teilzahlung

Spezialrad geg. bar

M 39.50

Anzahlung m 10-
Wochenrate m 2.50

Illustr. Katalog kostenlos
Autofahrer G.m.b.H.
Alexandrinenstr. 26
Berlin-SW68/227

Billigste u. reellste neuen Gänsefedern

Bezugsquelle in wie von der Gans gerupft mit vollen Daunen

Pfd. 3,00, dieselben doppelt gerissen 3,50, kleine Federn Halbdaunen 5,00, sehr zarte 6,00, dreiviertel Daun. 6,50, gerupfte, gerissene Federn mit Daunen 4,00 u. 5,00, hochprima 5,75, allerfeinste 7,50, la Volldaun. 9,00 u. 10,50. Für reelle staubfr. Ware Garant. Nehme nichtgew. auf meine Kosten zurück. Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofreie Lieferung Radolf Giesch, Gänsemaistr. 1, gegr. 1852, Neu-Trebbin 3, Oderbruch

Reellste Bezugsquelle: Neue Gänsefedern

wie von der Gans gerupft mit voll. Daunen dopp. gereinigt Pfd. 2,50, dies. beste Qualität, 3,50, nur Kl. Federn (Halbdaunen) 5,00, 7/8 Daunen 6,75, gerein. gerissene Federn mit Daunen 4,00 und 5,00, hochprima 5,75, allerfeinste 7,50, la Volldaunen 9,00 u. 10,50. Für reelle staubfr. Ware Garantie. Versand geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofr. Nichtgetall. nehme auf meine Kosten zurück. Willy Manselhof, Gänsem. Gegr. 1852, Neu-Trebbin 3b (Oderbr.)

Halb verschenkt! Bei 190 cm Deckenlänge kostet 1 m nur 2,50 bis 4 Mk. Das prakt. Geschenk für Geburtstag, Weihnacht, Hochzeit, Wandervogel, bleibt eine federweiche, lmit. ca. 2 u 3 Pfd. schwere

Kamelhaardecke

4,80 u. 7,70 Mk. ohne Nachnahme. Sammelbestell. 10% Rab. Stand u. Dienstst. angeb. Im Sommer weg mit den lästigen Federbetten, die direkt eine Bruststätte von Krankheiten sind. Dafür eine K-Decke. Mehrere 100.000 im Gebrauch.

Oskar Berndt, Seiffhensdorf 7/Sa.
Gegr. 1900. Gerichtl. eingetr. Firma.



1 Wochenraten Mark an Sprech-Apparate

Fördern Sie kostenlosen Katalog

Meine Preise 35-47,65

Musikhaus Arthur Orth
Berlin S. 42, Oranienstr. 151, Tel. B. 1013

Gegen Wochenraten von nur 12,50 Mk. ANZAHLUNG nach Wunsch

Verlangen Sie noch heute Prospekt!

Feinstes Tafel-Pflaumenmus

garant. rein, unübertroffen im Geschmack. Dankschreiben u. Nachbestellungen fortgesetzt.

10-Pfd.-Postleimer M. 9,40
25- „ Bahneimer M. 8,50
30- „ praktische Emailleimer M. 10,50

la. Speise-Syrup

10-Pfd.-Postleimer M. 3,—

Tafel-Senf Gurken

die 8-Pfd.-Postdose M. 4,75 ab hier, unter Nachnahme.

Fritz Kleine, Magdeburg - Fr. 199.

Sigurd

das Rad für alle

unverwundlich, von schmeidigem Bau und spielendem Lauf. 3 Jahre Garantie! Besonders niedrige Preise, weil direkt ab Fabrik.

Spezialrad schon für M. 38.—

Fahrradteile, Photos und Sportartikel, Musikwaren, Uhren, Geschenk- u. Haushaltsartikel sehr preiswert in nur bester Qualität. Hunderttausende zufriedene Kunden! Verlangen Sie kostenlos und ohne Kaufzwang am Hauptkatalog der Sigurd Gesellschaft Fahrrad-Fabrik Hassel 107

bequeme Teilzahlung





Warum mehr bezahlen?

Nur 68.- Mk. kost. Jetzt ein hochmod. elegantes, starkes u. dauerhaftes Stern-Gebrauchsrads, Mod. 6.1. hochwertig. Ausstattung mit mod. rassigem Rahmenbau mit 5 Jahren Garantie u. Original-Portpedal-freilauf pr. Bereifung (rot oder grau). Nickelfedersattel, gelbe Felgen mit rost-sicheren Speichen, kompl. Werkzeug, Pumpe, Glocke usw. Versand überalldin. — Zahlungsvereinbarung. — Katalog über Fahrräder, Gummi, Zubehöriteile gratis und franko.

Ernst Machnow, Berlin, Weinmeisterstr. 14
Größtes Fahrradhaus Deutschlands

Heimarbeitsvergnügen P. Hoitler, Breslau Hb.

la Cyder

portweinähnli Fruchtwein, feurig süß, 10 Ltr. RM. 8.— franko jeder Bahnstation.

R. Guercke

Glogau-Zarkau
Gegründet 1865 (F)

Blumenspenden

Jed. Art lief. frei Haus preiswert an Partei- u. Gewerksch.-Genoss.

Paul Golletz (F)

Berlin, Mariannenstr. 3
Amt Moritzplatz 10303

Photo Apparate

sehr leichte Zahlungsweise
Preisliste kostenfrei

Dresdensia Kamera-Vertrieb

Dresden A. 27
Spezialhaus für Fotografie

Hämorrhoiden

bereden sehr vielen Menschen entsetzliche Schmerzen. Das qualvolle Leiden tritt periodenweise auf. Wer davon befallen ist, muß ernstlich darauf bedacht sein, die Hämorrhoiden in ihrer Entstehung zu bekämpfen. Das plötzliche Jucken und Brennen steigert die Schmerzen zusehends bis zur Unerträglichkeit. Vorsicht und richtige Behandlung verhindert die Entzündung und bringt die Knoten zum Schrumpfen.

Dr. Nachmann's „Humidon-Salbe“ verbindet die Eigenschaften und Stoffe zur Bekämpfung dieser tückischen Krankheit. Aerzte haben festgesetzt, daß „Humidon“ schnell und nachhaltig wirkt. Von unzähligen Kranken wird diese Salbe seit Jahren mit bestem Erfolge angewandt. Anerkennungen von Aerzten und Kranken liegen in großen Mengen vor.

Ein Versuch überzeugt mehr als viele Worte. Verlangen Sie umsonst eine Probe „Humidon“ und die ärztliche Aufklärungsschrift über die Entstehung, Behandlung und Beseitigung von Hämorrhoiden. Schreiben Sie deshalb noch heute, ehe Sie es vergessen, an die „Humidon“-Gesellschaft in Berlin W. 8, Block 515. Versand durch die Apotheke Zum weißen Kreuz, Verkauf durch Apotheken.

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Sprechsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Christliche Gewerkschaften und Politik

Wir vermeiden im allgemeinen, uns in die Taktik und Gepflogenheiten der christlichen Gewerkschaften an dieser Stelle einzumischen aus dem einfachen Grunde, weil wir der Ueberzeugung sind, daß solche Polemiken in der Presse selten fruchtbringend wirken. Insbesondere haben wir zumest vermieden, Einzelentgleisungen und Vorgänge im christlichen Lager in unserer Presse zu behandeln. Hingegen ist wiederholt der grundsätzliche Standpunkt der freien Gewerkschaften zu den christlichen an dieser Stelle behandelt worden. Soweit die geschichtliche Entwicklung der christlichen Organisationen (insbesondere auch unserer Parallelorganisation) in Frage kommt, hat Kollege Gerbracht in seiner vorzüglichen Broschüre „Der Kampf um die Seelen der Arbeiter“ sehr zahlreiches und stichhaltiges Material beigebracht, das wir allen Kollegen erneut eindringlich zur Lektüre empfehlen können.

Nun sind aber gegenwärtig Vorgänge im christlichen Gewerkschaftslager festzustellen, die unbedingt weitestgehende Beachtung in den Kreisen der freien Gewerkschaften verdienen. Es gärt im Kreise der Christlichen. Manche Mitglieder dieser Organisationen dürften schon seit Monaten die Frage aufgeworfen haben für sich und andere: „Wohin führt unser Weg?“ Da ist zunächst die Auslassung des Gesamtvorsitzenden Stegerwald in der Frage der Beamtenbesoldung. Hier ist nach seiner Meinung zu viel geschehen. In dem bekannten Schreiben an Marx kann man nicht nur eine große taktische Ungeschicklichkeit erblicken, sondern auch eine gewisse Engherzigkeit in der Auffassung, die dem freien Gewerkschaftler unverständlich erscheint. Wir haben seinerzeit dazu Stellung genommen und möchten insbesondere an die „Gewerkschafts-Zeitung“ Nr. 2 erinnern, die gegenüber dem völlig unberechtigten Angriff Stegerwalds in dieser Sache eine geharnischte, aber durchaus zutreffende und klare Abwehr brachte. Nun ist überdies bemerkenswert, daß der Führer der Bergarbeiter, Imbusch, der sehr gern radikale Töne hören läßt — in den Versammlungen der freien Gewerkschaften und in der christlichen Gewerkschaftspresse —, im Reichstag den famosen Bürgerblock ohne Protest und Opposition mit auf sich genommen hat. Das hat nun wieder das enfant terrible, Dr. Joseph Wirth, Reichskanzler a. D., veranlaßt, in der Zeitschrift „Deutsche Republik“ sich einmal etwas gründlicher mit seinen engeren Freunden auseinanderzusetzen. In einem Artikel, betitelt „Wohin mein Freund Imbusch?“, wirft er die Frage auf, seit wann sich bei den Gewerkschaftlern das Politische allein im Sozialen erschöpft und warum der Gewerkschaftler die allgemeinen Kulturlinien der Politik unberücksichtigt läßt, und sich nur als „Gewerkschaftler“ in Partei und Politik betätigt. Man

glaube, daß die „geistige Umkehr des politischen Regiments“ nur vom gewerkschaftlich organisierten Proletariat erfolgen könne. Dr. Wirth weist auf das staatspolitische Ideal auch der Zentrumspartei aus der Zeit der Nationalversammlung hin und wundert sich, wenn auch vorerst indirekt, wie man diesem Bürgerblock durch das Zentrum über Jahr und Tag Hilfestellung und Existenzmöglichkeit geben konnte. Als Konsequenz seines Vorwurfs formuliert Dr. Wirth den Satz, daß die Zentrums-Gewerkschaften auf dem Wege seien, dem Syndikalismus zu huldigen, d. h. dem wirtschaftlichen Sozialismus in seiner unpolitischen Form. Nur das besondere gewerkschaftliche Organisationsinteresse hindere die Stegerwald, Imbusch usw. noch daran, dies auch nach außen hin anzuerkennen.

Natürlich hat Dr. Wirth damit ins Fettnäpfchen getreten. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, Nr. 5 vom 1. März 1928, legt denn auch ganz gehörig los und erklärt, daß Dr. Joseph Wirth trotz seiner sozialen Rede „nie ein inneres Verhältnis zur Arbeiterbewegung hatte“. In der christlichen Gewerkschaftsbewegung sei man gewöhnt, nüchtern zu denken und sich nicht von schönen Reden berauschen zu lassen. Da habe Dr. Wirth nie erheblichen Anhang besessen. „Auch die stärksten betriebenen Reichsbannerredereien Dr. Wirths können ebensowenig Vertrauen erzwingen“. Wer sich, wie Dr. Wirth, so fest mit der Sozialdemokratie verbinde, der schlage alle üblen Erfahrungen in den Wind. Wirth sei nur-Politiker. Er erblicke den Schlüssel zur Behebung aller Nöte in der republikanischen Staatsform. Die Sorge der christlichen Arbeiterschaft sei mehr gerichtet auf die Leistungen des Staates als auf dessen Form. Damit sei noch keine Verneinung der republikanischen Staatsform ausgesprochen. Es wird dann die famose Behauptung aufgestellt, daß 95 v. H. aller ehemaligen Monarchisten in Deutschland längst zur innerlichen Bejahung der Republik gekommen seien! Fettgedruckt kommt dann ein Confall, den wir im allgemeinen bei den Mannen Streikers wiederholt begegnet haben gegen Wirth. Es wird gesagt, daß Dr. Wirth sich heute offen gegen die christlichen Gewerkschaften einstelle, weil sein Ehrgeiz als politischer Führer der Arbeitermassen unerfüllt blieb. Wirth brauche den Massenbeifall als Lebens-element und kraftvoll schleudere der „Schauspieler auf der politischen Bühne sein Anathema gegen jene, die ihren eigenen Willen haben.“

Nach diesem Erguß Stegerwalds konnte Dr. Wirth natürlich nicht schweigen, und schon in Heft 22 vom 2. März 1928 der „Deutschen Republik“ erfolgt die Antwort, in der er sich gegen die Vorwürfe Stegerwalds wendet und feststellt, daß bei der Einbringung des Reichsschulgesetzes die jetzige Rechtskoalition sich nicht über gewisse Grundforderungen verständigte. Er betont, daß das parlamentarisch-politische System sich in

Deutschland praktisch entwickeln lasse, wenn das Zentrum sich in diesem Sinne entscheide. Er veröffentlicht dann einen sehr langen, hochinteressanten Brief an den Vorsitzenden des Essener Bezirksverbandes der christlichen Gewerkschaften, Breddemann. Wir wollen aus dem fünf volle Druckseiten umfassenden Brief das Nachfolgende wiedergeben:

„In vielen Versammlungen, die ich in meinem Leben gehalten habe, habe ich auf die Wichtigkeit berufsmäßiger Organisationen hingewiesen und insbesondere habe ich den Arbeitern zugeredet, unter allen Umständen sich gewerkschaftlich zu organisieren. Mir ist es ganz klar, daß ohne Organisation der Einzelmensch erdrückt wird. Und mir ist es ebenso klar, daß dem gewerkschaftlich organisierten Menschen der Zugang ins Politische leichter sein wird, als wenn er als sogenannter schlächter Arbeiter ganz allein mit dem Stimmzettel in der Hand seiner Ueberzeugung Ausdruck gibt.

Sie selbst appellieren ja an die staatlichen Schlichtungseinrichtungen. Sie selbst brauchen ja den Staat und keine soziale Schicht unseres Volkes hat den Staat als sittliche Lebensmacht nötiger als das Proletariat. Wirtschaftsallmacht und Staatsohnmacht sind für den sittlichen Menschen unerträglich. Aber sehen Sie, darin wurzelt ja meine ganze politische Arbeit, daß ich in diesen schweren Entwicklungszeiten immer und überall den Arbeitern sage, daß es jetzt über das Gewerkschaftliche hinaus darauf ankomme, in den Formen der modernen deutschen Demokratie der Arbeiterschaft über den Weg der politischen Partei, und durch die politische Partei zu politischer Macht und Mitverantwortung im Staate zu verhelfen. Das Schicksal der Arbeiterschaft entscheidet sich nicht allein im Gewerkschaftlichen, das zu vernachlässigen mir völlig fern liegt. Meine Auffassung von der Demokratie ist insofern eine absolut soziale, als ich wünsche und erstrebe, daß gerade jetzt, auf dem Boden der Verfassung von Weimar, die Arbeiterschaft den Weg ins Politische nehmen muß.

Wir leben im Staat der modernen Demokratie und vielleicht ist sie in keinem Land der Welt so ausgeprägt wie in Deutschland und da möchte ich gerade, daß der Gewerkschaftler, wenn er ins Politische eintritt, mehr ist als Gewerkschaftsbeamter, dessen Tätigkeit zu schätzen wir allen Anlaß haben.

Wenn aber die Gewerkschaften im Parlament Neutralität proklamieren und wenn sie die politischen Stütungen und Strömungen nicht mitmachen wollen oder nicht mitmachen können, dann hindern sie die Arbeiterschaft in der Partei wie im Staat, die politische Stellung einzunehmen, die sie vermöge ihrer soziologischen Bedeutung und ihrer Zahl in der Demokratie einnehmen könnten.

Sie können unmöglich die politische Arbeit der letzten zehn Jahre aus einem so engen Gesichtsfeld beurteilen, wie Sie es in Ihrem offenen Briefe leider getan haben. Ich stehe zu den Worten, die ich einst gesprochen habe und muß es mir ausdrücklich verbitten, in einen Gegensatz zu meinen politischen Auslassungen vergangener Jahre gestellt zu werden.

Deshalb führe ich ja so leidenschaftlich den Kampf gegen den sogenannten Bürgerblock, deshalb bemühte ich mich bei jeder Regierungsbildung auch den Anschein einer Konzentration der Kräfte zu vermeiden, die sich auf das „Besitzbürgerliche“ zurückziehen könnten. Daß ausgerechnet Sie als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsverbandes im Bezirk Essen das alles übersehen, erfüllt mich mit tiefer Trauer und schmerzlicher Besorgnis um das politische Leben in Deutschland. Das parlamentarisch-politische System scheint in Deutschland gerade jetzt diskreditiert zu sein, wo die „Segnungen“ der Rechtskoalition dem ganzen Volke offenbar werden. Und meine Herren von den christlich-nationalen Gewerkschaften, an dieser Regierung, die ein Jahr lang besteht, sind Sie mit beteiligt, nicht als gewerkschaftliche Organisation, sondern durch Ihre Mitglieder, die Sie im Parlament haben. Im Zentrum, bei der Deutschen Volkspartei, bei der Bayerischen Volkspartei und bei den Deutschnationalen sitzen christliche Gewerkschaftler. Lediglich die Feststellung der Tatsache ist hier von Bedeutung. Diese Regierung hat das Vertrauen des Reichstages bekommen und sie war damit die verfassungsmäßige Regierung. Die Linke des Reichstages und auch ich standen zu ihr in ausgesprochener Opposition.

Wie die Gewerkschaftler nun wohl selbst wissen, entstand dieser Regierung allmählich aus ihren eigenen gewerkschaftlichen Kreisen heraus die stärkste außerparlamentarische Opposition. Daß diese Opposition als außerparlamentarische Opposition bezeichnet werden muß, ist unser politisches Verhängnis. Darin sehe ich das Unpolitische der Handlungsweise der christlichen Gewerkschaften und mancher ihrer Führer, daß sie, ausgehend von der Beamtensoldung, die Rechtsregierung bekämpften, daß sie einzelne Minister und den Kanzler schonungslos, ja brutal angriffen, daß sie aber diese Opposition parlamentarisch überhaupt nicht zum

Ausdruck brachten. Die Regierung blieb, obwohl die christlichen Gewerkschaftsführer ihr von außen her den Krieg ansagten. Mit dem Betreten der Schwelle des Reichstages verstummte ihre gewerkschaftliche Opposition. Das ist — parlamentarisch gesehen — ein Widerspruch in sich und auf diesen Widerspruch machte ich wiederholt Gewerkschaftler schon vor der Veröffentlichung meines Artikels aufmerksam. So kommt man in Deutschland politisch nicht weiter. Man kann eine Regierung nicht von außen aus sozialen Erwägungen heraus oder aus soziologischen Schichtungsinteressen heraus kritisieren und verneinen, ohne politisch die Folgerungen daraus zu ziehen.“

Wir haben wiederholt die politische Haltung der christlichen Gewerkschaften, soweit sie im Reichstag besonders im letzten Jahre in Erscheinung traten, als verhängnisvoll für die ganze deutsche Arbeiterschaft ansehen müssen. Es ist sogar öfters vorgekommen, daß bei wichtigen sozialpolitischen Aktionen der freien Gewerkschaften und der Hirsch-Duncker'schen die christlichen Gewerkschaften — im Gegensatz zu früheren Zeiten — nicht mitmachten, um den Bürgerblock nicht zu gefährden.

Es erschien überhaupt auf die Dauer als ein Übel, wenn die christlichen Gewerkschaften auf der einen Seite durch ihre radikalen Führer Joos, Imbusch und andere in Versammlungen und in ihrer Gewerkschaftspresse recht radikale Töne anschlugen und manchmal recht radikale Forderungen aufstellten und auf der anderen Seite im Reichstag alle wirtschaftspolitische Reaktion mitmachten.

Es wird zugestanden werden können, daß in der Tarifpolitik sowohl in unserm Verbands wie in anderen Verbänden die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen bei der Stange gehalten werden konnten von den freien Gewerkschaften.

Wären aber die christlichen Gewerkschaftsmitglieder sich einmal des inneren Widerspruchs bewußt, der darin besteht, daß ihre politische Vertretung im Reichstage sozusagen die Reaktion die Steigbügel hält und die ungeheure Verteuerung der Lebenshaltung herbeiführt (wie sie von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und — dem Zentrum im letzten Jahre praktiziert ist), so möchte doch manchem christlichen Gewerkschaftler klar werden, daß diese Politik geradezu gewerkschaftsfeindlich ist und alles soziale Ringen auf wirtschaftlichem Boden im gewerkschaftlichen Kampf zum Teil mindestens wieder zunichte gemacht wird durch die Preisverteuerungspolitik des Bürgerblocks unter bereitwilligster Mitwirkung der christlichen Gewerkschaftsvertreter im Reichstag. Es ist in der Tat, wie Dr. Wirth richtig herausstellt, nicht bekannt geworden, daß eine parlamentarische Opposition der christlichen Gewerkschaften sich irgendwie zum Ausdruck gebracht hat. An der Schwelle des Reichstages ist sie verstummt. Wenn nun in der Agitation der christlichen Gewerkschaften oft genug als Verlegenheitsmanöver noch auf die „Religionsfeindlichkeit“ der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie herumgeritten wird, so weiß man sehr genau, daß das Verlegenheitsphrasen sind.

Die politische Linie der freien Gewerkschaften ist demgegenüber klar und eindeutig. Ihre Interessen werden unerschrocken und zielklar von der Sozialdemokratie in den Parlamenten, insbesondere im Reichstag wahrgenommen. Der jetzige Reichstag soll bereits in wenigen Wochen zu Ende gehen. Die Reichstagswahlen stehen bevor. Es ist an der Zeit, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sich darüber klar werden, wen sie in den Reichstag als ihre Vertretung wählen wollen. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind politisch, wirtschaftlich und sozial in ihrer großen Masse genau so bedrückt vom Unternehmertum und vom Bürgerblock wie die Arbeitermassen in den freien Gewerkschaften. Darum wird neben der sachlich geführten gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit in den nächsten Wochen auch die politische Aufklärungsarbeit sehr viel fruchtbaren Boden finden. Wir erwarten, daß von unseren Kollegen und Kolleginnen das vorliegende Material zur Aufklärung in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft ausgenutzt wird. E. D.

Arbeiterbildung und Volksbildung

Gerade ist im Verlag des ADGB eine Broschüre mit dem Titel „Arbeiterbildung und Volksbildung“ erschienen, die für das Bildungswesen der Arbeiterschaft von großer Bedeutung sein wird. Sie hat zu ihren Verfassern den Vorsitzenden des ADGB, selbst, Theodor Leipart, und den Redakteur der „Arbeit“, der wissenschaftlichen Monatschrift des ADGB, Lothar Erdmann. Sie muß jeder anschaffen und lesen, der an Arbeiterbildung interessiert ist, sie braucht jeder, der am Bildungswesen irgendwie mitwirkt. Das bedeutsame an ihr ist, daß sie nicht bloß zur Klärung am Arbeiterbildungswesen beiträgt und darüber wie über die gesamte Volksbildung einen ausgezeichneten Ueberblick gibt, sondern zugleich auch darlegt, wie vom Standpunkt der Gewerkschaften aus der Aufbau des gesamten öffentlichen Bildungswesens sein muß. Die Schrift kostet 70 Pf. für Mitglieder, ist von unserer Abteilung „Bücher und Schriften“ zu beziehen und ist natürlich auch in jeder Buchhandlung zu haben.

Wer das Bildungswesen in unserem Verband etwas genauer kennt oder wer schon an einem unserer Funktionärskurse teilgenommen hat, wird beim Lesen dieser Schrift mit Genugtuung feststellen, daß unsere Bildungsarbeit nach denselben Gesichtspunkten geleitet wird, die in der vorliegenden Broschüre vertreten werden. Immer und immer wieder weisen wir darauf hin, daß es nicht die Aufgabe der Verbandsbildungstätigkeit, daß es heute ganz allgemein nicht Ziel der eigenen Bildungseinrichtungen der Organisationen sein kann, einen Ersatz für die mangelhaften, und noch nicht genügenden staatlichen oder kommunalen Schulen zu bieten. Wenn wir richtige Arbeit tun wollen, müssen wir uns auch darüber klar sein, was wir mit unseren Mitteln leisten können. Und so erklärt auch die behandelte Schrift, daß eine solche Aufgabe die sachlichen wie finanziellen Möglichkeiten der Arbeiterorganisationen übersteigen würde. Wir betreiben unsere Funktionärsschulung, um die Lebenskräfte des Verbandes zu steigern, um die Organisation stark und fest zu machen. Ist sie mächtig, sind es gleichfalls die andern Verbände und ebenso die politische Organisation, dann können sie Staat und Gemeinde zur Ordnung rufen, sie veranlassen, die nur zu sehr vernachlässigte Pflicht, die großen Massen der arbeitenden Bevölkerung durch ihre öffentlichen Schulen besser auszubilden, ernstlich zu erfüllen. Die politische und wirtschaftliche Macht der Arbeiterschaft ist eine Voraussetzung für die stärkere Berücksichtigung ihrer Schulforderungen durch den Staat. Die Broschüre nennt die in diesem Sinne betriebene Bildungsarbeit innergewerkschaftliche.

Für die Schrift ist das Problem der Arbeiterbildung nur im Zusammenhang mit der gesamten Erziehungsaufgabe des deutschen Volkes zu lösen. Ja, es ist für sie geradezu die Kernfrage. Sie versteht nämlich unter Arbeiterbildung alle Einrichtungen, in denen der Arbeiter geschult wird. So muß sie auf die Volks- und Berufsschule eingehen, streift die Frage, wie die höheren Schulen und Universitäten auch Arbeitern zugänglich zu machen sind, wie das Bildungsprivileg der Begüterten einzudämmen ist. Das Problem ist aber noch nicht gelöst, wenn nur die hemmenden Schranken gefallen sind. Es handelt sich darum die individualistische — also auf das Fortkommen des einzelnen eingestellte — Spezialistenbildung seitheriger Art, die an der großen Kluft zwischen Gebildeten und Ungebildeten mit Schuld ist, in eine andere umzuformen, in welcher der Geist aktiver Mitwirkung und Mitverantwortung am gesellschaftlichen Geschehen lebendig ist. Daß dieser Geist im besonderen auch in den Volks- und Berufsschulen zu pflegen ist, erscheint demnach ohne weiteres klar. Diese auf Lebensgestaltung gerichtete zweckbestimmte Bildung konzentriert sich um die Berufstätigkeit. Arbeiterbildung im weiteren Sinn hat zum Ziel, alle geistigen Kräfte der Arbeiterschaft zu ihrem eigenen wie zum Vorteil des ganzen Volkes zu wecken und zu schulen.

Dafür ist die Volksschule von größter Bedeutung, wie sie ja auch die Grundlage aller andern Schulformen darstellt. Es ist zu fordern, daß die Schülerzahl in den Klassen kleiner, die Lehrer aber zahlreicher und besonders sozialpädagogisch und sozialwissenschaftlich ausgebildet sind. Ein neuntes Schuljahr ist nötig. Arbeitsunterricht und Gemeinschaftsschule werden gefordert. Aber die Schulreform allein kann nicht alles leisten. Hinzu kommen muß die Sozialreform. Das geordnete Familienleben ist beste Grundlage auch für die Schulerziehung. Bei in den Fabriken arbeitenden Müttern und dem Wohnungselend aber geht es in die Brüche. Mehr Zeit und mehr Raum braucht die Arbeiterschaft neben der besseren Volksschule. An diese schließt sich die Berufsschule an. Daß sie für die zur Qualitätsleistung gezwungene

deutsche Wirtschaft und für die Gewerkschaften von ganz besonderer Bedeutung ist, liegt auf der Hand. Man ist dabei, sie auszubauen. Anzustreben ist eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung. Dafür hat die Sozialdemokratie 1925 einen Entwurf im Reichstag eingebracht. Die freien Gewerkschaften unterstützen ihn. Die Schrift legt weiterhin dar, daß die Wirtschaft die Arbeiterkinder als ihr Rekrutierungsgebiet betrachtet. Schicksalhaft wird der Sohn des Arbeiters wieder Arbeiter. Dem für andere Berufe Begabten fehlen die Möglichkeiten des Aufstiegs, da ihm die höheren Schulen verschlossen sind. Deshalb sind die Fachschulen auszubauen und von ihnen aus muß der Uebergang zu den Hochschulen ermöglicht werden.

Die uns hier am meisten interessierenden Fachschulen sind jene staatlichen Anstalten wie die Wirtschaftsschulen Düsseldorf und Berlin, die im Dienst der Arbeiterschaft stehen. Nichts kann eigentlich deutlicher den Umschwung in dem Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Staat veranschaulichen als diese für das Arbeiterbildungswesen so bedeutsame Tatsache, daß der Staat eigene Anstalten zur Schulung des gewerkschaftlichen Führer- und Beamtenums schaffen mußte. Die Gewerkschaften sind zu solchem Umfang und zu so großer Bedeutung im Staats- und Wirtschaftsleben herangewachsen, ihre Vertreter haben so mannigfaltige Funktionen öffentlich-rechtlicher Natur zu erfüllen, daß besondere Schulung dazu nötig und der Staat dazu heranzuziehen ist. Die Broschüre geht im einzelnen auf die Ziele und Methoden dieser Schulen sowie der in diesem Zusammenhang gehörenden, wenn auch in manchem wieder sehr verschiedenen Akademie der Arbeit in Frankfurt und schließlich der Heimvolkshochschule in Tinz ein, für die der Staat die Einrichtungen und Lehrer, die Gewerkschaften aber die Schüler im allgemeinen stellen. (Tinz nimmt allerdings eine Sonderstellung ein). Diese jetzt vom Staat anerkannte und übernommene Aufgabe mußten früher die Gewerkschaften durch ihre eigenen Einrichtungen lösen.

Ein besonderes Kapitel wird der freien Volksbildung gewidmet. Das sind alle Bestrebungen der Erwachsenenbildung außerhalb der regelmäßigen, öffentlichen, zu irgendeinem Beruf bildenden Schulen. Sie werden weitaus in der Mehrzahl von privaten Organisationen getragen, doch beteiligen sich auch der Staat und im besonderen die Städte daran. Gerade sie haben sich in der Nachkriegszeit stark entwickelt, man braucht ja nur auf die Volkshochschulen hinzuweisen, die allerdings nach einem anfänglich stürmischen Anschwellen einen Rückschlag erlebt haben. Ueber die verschiedenartigen Organisationen und Einrichtungen auf diesem Gebiete gibt die Schrift einen sehr guten Ueberblick. Sie legt dar, daß man eine neutrale, eine weltanschaulich und eine politisch gebundene Gruppe unterscheiden kann, daß aber vielleicht noch wichtiger die Scheidung in die sogenannte „alte“ und „neue“ Richtung oder — wie sie auch genannt werden — in die „verbreitende“ und „gestaltende“ Richtung sei.

Unter der „verbreitenden“ Richtung ist jene Art zu verstehen, die im Grunde genommen im Anfang jede Organisation der freien Volksbildung geübt hat. Man glaubte, die Aufgabe bestehe einfach darin, die Wissens- und Kunstgüter den von der Schule vernachlässigten Massen durch popularisierende Vorträge und Veranstaltungen nahe zu bringen. Das läuft auf eine Auffassung hinaus, Bildung bestehe in der Anhäufung oder Aneignung einer Menge Wissensstoff. Bildung wird demnach erlernt, kommt von außen her. Gewiß gehört zur Bildung Wissen und Können, gehört Schulung des Gehirns dazu, aber das genügt nicht. Durch Lernen und Kennenlernen allein wird auch nie das schon oben dargelegte Bildungsmaterial verwirklicht, das den am sozialen Geschehen sich mitverantwortlich fühlenden und entsprechend handelnden Menschen will. Dieses glaubt die „gestaltende“ Volksbildung zu erreichen, indem sie die im Menschen angelegten sozial wertvollen Kräfte zu entfalten sucht. Dabei können die Kulturgüter nicht wahllos über den Aufnehmenden ausgeschüttet werden — geistige Armenpflege wird das auch genannt. Sie müssen nach ihrem Bildungswert ausgewählt werden. Hier wird also der Hauptton auf den Menschen gelegt, der mit Hilfe von Kunst und Wissen durch Lehre und Beispiel sich entwickelt. Für die allgemeine Verwirklichung dieser Methode der Volksbildung sind aber erst noch die Vorarbeiten zu leisten. Die psychologischen, sozialen Voraussetzungen, Mittel, Methoden sind erst zu ergründen. Natürlich steht die Schrift auf Seiten der „gestaltenden“ Richtung.

Nach solchen theoretischen Ausführungen geht die Schrift auf die Beschreibung der einzelnen Organisationen und Einrichtungen des freien Volksbildungswesens ein. Sie spricht von der Zentral-

stelle für Volksbüchereien in Leipzig, die so vorbildliche Arbeit unter Leitung von Walter Hofmann getan hat. Sie streift kurz die älteste auf diesem Gebiet bestehende Organisation „Die Gesellschaft für Volksbildung“, um dann weltanschauliche Richtungen zu behandeln, wie den Zentralbildungsausschuß der katholischen Verbände Deutschlands und den evangelischen Volksbildungsausschuß. Nach der Darstellung des wohl umfangreichsten im sozialistischen Kulturverband zusammengeschlossenen Bildungswesens werden die Volkshochschulen berührt. Auf ihrem Gebiet ist das bemerkenswerteste die Entwicklung der Volkshochschulheime, die ihre Insassen zu einer längeren Lebens- und Lerngemeinschaft zusammenfassen und ganz in der Art der gestaltenden Volksbildungseinrichtungen arbeiten. Es bestehen gegen 60 Heime.

Wir gewinnen somit durch die Broschüre einen umfassenden Überblick, der zwar knapp aber doch recht eingehend ist. Wesent-

lich dabei ist es, daß das Arbeiterbildungswesen nicht aus dem Zusammenhang mit dem öffentlichen Schulwesen gerissen wird, daß im Gegenteil mit aller Kraft unterstrichen wird, daß die Frage Arbeiterbildung das Kernstück der nationalen Erziehungsaufgabe darstellt. Nicht Absonderung von den öffentlichen Anstalten will die Broschüre, sondern sie will hin zum Staat, und die Arbeiterbildung in dessen Einrichtungen eingliedern. Sie will keine Sonderanstalten — auch die Wirtschaftsschulen Düsseldorf und Berlin stehen ja in der Reihe der vielen, den verschiedensten Bedürfnissen des Wirtschaftslebens dienenden öffentlichen Fachschulen.

Dafür aber soll das ganze Schulwesen von sozialem Geist durchdrungen werden und dem ganzen Volk offen stehen. So gibt die Broschüre, indem sie das Problem der Arbeiterbildung behandelt, Richtlinien für den gesamten Schulaufbau, läßt sie uns von einem Teil aus das umfassende Ganze sehen. H.

Magere Sozialpolitik erdrückt durch den Fleischwucher

Man hat das Eingreifen des Reichspräsidenten zur Lebensverlängerung der Regierung und des Reichstags mit einem Arzt verglichen, der einen schwerkranken, dem Tode nahen Patienten mit Kampferinjektionen wieder aufmuntert. Infolge dieser reichspräsidentlichen Injektionen rafften sich Regierung und Reichstag am 27. Februar zu neuen, „fiebrhaften“ Arbeiten auf. An Stelle des erkrankten Reichskanzlers Marx legte der Dizekanzler und Reichsjustizminister Hergt dem Reichstage ein Arbeitsprogramm vor, das dieser noch erledigen soll, ehe er stirbt. Aus wahl-demagogischen Gründen kündigt das Programm — Notprogramm wird es genannt — magere sozialpolitische Maßnahmen an, die nach der Rede Dr. Hergts so aussehen:

Die Gesetzgebenden Faktoren und die öffentliche Meinung befaßen sich seit geraumer Zeit mit der Frage, ob und in welchem Umfange eine reichsrechtliche Rentnerversorgung möglich ist. Angesichts der Gesamtlage und der geringen noch zur Verfügung stehenden Zeit ist es ausgeschlossen, diese Gesetzgebungsfrage jetzt zu lösen. Die Reichsregierung enthält sich daher einer sachlichen Stellungnahme zu dieser Gesetzgebungsfrage. Die Reichsregierung muß aber feststellen, daß bedauerlicherweise die Fürsorge für die Kleinrentner keineswegs überall so durchgeführt wird, wie es dem Sinn und dem Geist der Reichsgrundsätze über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge entspricht. Sie hält sich daher für verpflichtet, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Kleinrentnerfürsorge entsprechend diesen Reichsgrundsätzen durchgeführt wird. — Um den Fürsorgeverbänden die Verbesserung der Fürsorge zu erleichtern und zu ermöglichen, ist im Entwurf des Haushalts 1928 bereits ein Betrag von 25 Millionen Mark vorgesehen. Darüber hinaus wird in den Reichshaushalt 1928 ein weiterer Betrag von 25 Millionen Mark einzustellen sein, der zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner verwendet werden soll.

Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung ist ein Gebot der Stunde. Im Reichsdurchschnitt beträgt die Invalidenrente jetzt 28 bis 30 Mk. im Monat; dieser Stand ist hinsichtlich der allmählichen Steigerungen der letzten vier Jahre erreicht worden. Ohne die Inflation wäre die Invalidenrente heute rund 22 Mk. Aus dem Vergleich geht hervor, daß die neuen Renten die Verstärkung der Lebenshaltung noch nicht ganz berücksichtigen. — Die Erhöhung beträgt 40 Proz. der Steigerungssätze, die jetzt für Beitragszeiten vor der Inflation gewährt werden; dafür sind im Jahre 100 Millionen Mark erforderlich. Aus Rücksicht auf die notwendige Umrechnung der Renten soll die Erhöhung ab 1. Juli d. J. in Kraft treten. Da den Verlusten und den Arbeitgeber vorzeitig ein neuer Beitrag nicht zugemutet werden kann, wird der Mehrbedarf von 100 Millionen Mark durch einen jährlichen mit der Zeit abnehmenden Reichsbeitrag gedeckt werden müssen; für 1928 handelt es sich infolge des Inkrafttretens am 1. Juli 1928 um 75 Millionen Mark. — Für die Angestelltenversicherung wird eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen; für die Deckung reichen aber die vorhandenen Versicherungsmittel aus.

Die Profanen, die hier die Regierung so spärlich den Armen streut, sollen diese aber sofort mit Wucherzinsen zurückzahlen. Hergt kündigte gleichzeitig eine sogenannte Hilfsaktion für die Landwirtschaft an. Dieser soll geholfen werden mit 30 Millionen Mark für eine bessere Organisation des Vieh- und Fleischabsatzes und durch eine unerhörte Begünstigung des Fleischwuchers. Trotz des Protestes aller Gewerkschaften (siehe „Gewerkschaft“, Nr. 6), soll das Kontingent der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch von 120 000 Tonnen auf 50 000 Tonnen herabgesetzt werden.

Dabei ist schon jetzt ein Steigen der Fleischpreise zu konstatieren. Auf dem Städtischen Viehhof von Berlin stieg der durchschnittliche Schweinepreis für 50 Kilo Lebendgewicht in der ersten Februarhälfte von 57,50 Mk. auf 59 Mk. In der neuesten Voranfrage der Schweinepreise für das Jahr 1928 kündigt der Spezialforscher Artur Hanau eine weitere erhebliche Steigerung an. Danach müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß der Großhandels-

preis pro Pfund im März 59 Pf. betragen wird, im September, Oktober aber schon 74 Pf. Diese Preissteigerung wird infolge der minderten Angebote vor sich gehen, weil die Schweineermaß zurückgegangen ist. Die Preissteigerung wird also kommen, auch wenn wie bisher in jedem Monat 10 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei über die Grenze kommen.

Was aber Gefrierfleisch für die Massen bedeutet, das geht aus dem Preisbericht des Fachauschusses für Fleischversorgung hervor. Danach betrug im Januar 1928 in 13 deutschen Städten der durchschnittliche Preis für ein Pfund Schweinefleisch 1,12 Mk. gegen 1,34 Mk. im Januar 1927 und für ein Pfund frisches Rindfleisch 1,19 Mk. Dagegen betrug der Preis für ein Pfund gefrorenes Rindfleisch 72 Pf. Der Gefrierfleischpreis lag also im Januar 1928 36 Proz. unter dem billigsten Durchschnittspreis für frisches Fleisch. Diese nüchternen Ziffern zeigen klar und deutlich den gewaltigen Preisunterschied zwischen Gefrier- und frischem Fleisch. Dabei ist noch besonders zu beachten, daß das Schweinefleisch in den letzten Monaten anormal billig war und sich keineswegs auf diesem niedrigen Niveau halten wird, wie schon oben gesagt. Mit der Beschneidung des Gefrierfleischkontingents durch Herrn Schiele wird also den großen Massen der Bevölkerung die Möglichkeit genommen, sich auch dann noch mit Fleisch zu versorgen, wenn die inländischen Preise für frisches Fleisch nicht mehr bezahlt werden können.

Zu alledem setzt sich die nicht leben-, nicht sterbenkönnende Regierung noch besonders aufs hohe Pferd. Sie verlangt, daß der Reichstag dieses Notprogramm nur als unteilbares Ganzes annimmt und am 1. April 1928 schon in Kraft setzt. Das heißt also, lehnt der Reichstag die Fleischwucherpolitik ab, verzichtet die Hergt und Schiele auch auf die Durchführung der geringen Zugeständnisse an die Rentner.

Diese „Fris-Vogel-oder-stirb-Politik“ braucht der Reichstag nicht mitzumachen. Er steht nicht mehr hinter der Regierung zurück wie zur Kaiserzeit, sondern er ist oberster Gesetzgeber (soweit nicht Volksabstimmung in Frage kommt), und kann verlangen, daß seine Beschlüsse und nicht die der Regierung des geborstenen Bürgerblocks erfüllt werden. Wir haben jedoch wenig Hoffnung, daß der Reichstag soviel Kraft aufbringt. Sozialdemokraten und Kommunisten haben zwar sofort erklärt, daß sie in der Opposition bleiben und besonders die sozialdemokratischen Reformer Stampefer, Tempel, sowie der alte Gewerkschaftler Robert Schmidt haben in schärfsten Worten diese Sorte Notprogramm und seine Verfechter bekämpft. Sozialdemokraten und Kommunisten sind aber selbst unter Hinzuziehung der Demokratischen Partei in der Minderheit, und die andere Parteien werden mitamt den in ihren Reihen sitzenden christlichen Gewerkschaftern die Regierungsvorlage unverändert schlucken. Die Arbeitnehmererschaft muß daraus die Lehre ziehen, sofort alle Kräfte für eine solche Erstärkung der Gewerkschaften einzusetzen, daß sie jede Lebensmittelpreissteigerung durch erkämpfte starke Lohnerhöhungen ausgleichen kann. Jeder unorganisierte Arbeitnehmer muß darauf ausgerüstet werden, daß er bei den Auseinandersetzungen mit dem kapitalistischen Unternehmertum nicht eine Gefahr für die Kämpfenden wird, sondern durch Eintritt in seinen Verband die Gewerkschaften so stärkt, daß sie unüberwindlich sind. Zum andern muß jeder Arbeitnehmer eine solche weitgehende Aufklärung unter der Bevölkerung über die volksfeindliche Politik des Bürgerblocks treiben, daß nicht wieder ein Reichstag gewählt wird, der Lebensmittelpreissteigerung treibt. Die Zeiten sind ernst, sehr ernst! Darum gehe jeder sofort an die Arbeit und werbe für starke Gewerkschaften und für einen volksfreundlichen Reichstag! G. R.

Das wahre Gesicht der Prüfungen



Es gibt viele Unterscheidungsmerkmale zwischen den Menschen: solche, die die Natur ausgerichtet hat und solche, die der superkluge Mensch dazu erfunden hat. Zu den letzteren gehören die Prüfungen. Die Prüfungen sollen den Beweis erbringen, ob der Mensch begabt oder unbegabt, ob er befähigt sei für dieses oder jene Fach. Ist er begabt oder befähigt, so besteht er prinzipiell das Examen. Ist er dumm, so fällt er durch. Folglich sind die

geprüften Menschen die klugen und die ungeprüften die dummen. Herrlicher Zustand! Hat man den staatlichen Stempel unter seinem Zeugnis, so geht man stolz erhobenen Hauptes einher im Gefühl seiner Ueberlegenheit. Denn nun darf niemand — auch nicht man selbst — an der eigenen Klugheit Zweifel hegen. Klugheit wird attestiert, Dummheit wird attestiert. Das Attest wird wichtiger als die Klugheit — der Orden ist wichtiger als die Tapferkeit! Die Gabe der Natur wird Geschenk der Zivilisation. Es lebe der zivilisierte Mensch!

Ironie beiseite. Wir schauen eine Tragödie. Eine Tragödie, deren tragisches Moment in der Tatsache liegt, daß der Mensch sein Schicksal gestaltet, um ihm dann zu unterliegen. Der Intellekt des Menschen erfand die Prüfung, der Geist des Menschen geht dabei langsam und systematisch zugrunde.

Vielleicht ist es auch gar nicht der Mensch gewesen, der hier Schicksale gestaltete. Die Prüfungen hängen aufs engste mit dem Berechtigungswesen zusammen. Berechtigungen aber schuf der Klassen- und Kastengeist vergangener und gegenwärtiger Zeiten. Man wollte Trennungen aufrecht erhalten, man wollte neue Scheidewände aufrichten. Man wertete den Menschen nicht als Menschen, man wertete oder unwertete ihn als Glied eines bestimmten Standes, einer gewissen Berufsschicht. So stark auch im Mittelalter die soziale Kraft innerhalb der einzelnen Zünfte wirksam war, so völlig versagend wirkte sie außerhalb dieser engen Gemeinschaft. Und diese unsoziale, unfittliche Einstellung ist auch heute noch das Kennzeichen der bürgerlichen Welt. Gerade heute kämpft die bürgerliche Gesellschaft den schärfsten Kampf um ihre Existenz. Infolgedessen

geht ihre Tendenz immer mehr dahin, die bestehenden sozialen Schranken aufrechtzuerhalten, das Berechtigungswesen auszubauen, neue Prüfungen den alten hinzuzufügen. Doch hier erstreckt sich von pädagogischen und sozialen Gesichtspunkten ausgehend, der Gegner.

Der Gedanke von der Wesensgleichheit aller Menschen hat seit Pestalozzis Zeiten, hat seit der Französischen Revolution immer fester im Bewußtsein der Menschen Fuß gefaßt.

Aus dieser psychologischen Tatsache, daß „alle Menschen in ihrem Wesen sich gleich sind“, ergibt sich in notwendiger Konsequenz die Gleichberechtigung aller Menschen in seelischer, geistiger und körperlicher Beziehung. Mit dieser Erkenntnis kollidiert nicht die Tatsache weitestgehender Verschiedenartigkeit der menschlichen Naturen. Wohl aber fallen mit dieser Erkenntnis die Sondervorrechte der Stände und Berufsschichten, das Sondervorrecht der Geburt und des zufälligen Milieus. In einer wirklich sozial eingestellten Gemeinschaft, in einem Staatswesen, das die politische Gleichstellung aller Bürger proklamiert, sollte es keine Berechtigungen geben, die auf Grund von Prüfungen erworben wurden. Das Leben allein sollte über die Fähigkeiten des Menschen entscheiden, nicht die Zufälligkeiten einer zeitlich kurzen Prüfung. Es ist eine allgemein bekannte, aber nicht allgemein anerkannte Tatsache, daß der gute Schüler und der gute

Jugend

Wir sind der Quell, der springende Quell,
Aus dem sich das Leben erneut,
Sind lachende Blüten, leuchtend und hell
In die Gärten des Lebens gestreut.

Wir sind ein Lied, ein jauchzendes Lied,
Das jubelnd im Abend verklingt,
Wie wehender Wind in die Weite zieht,
Von der unsterblichen Sehnsucht singt.

Wir sind das Licht, das strahlende Licht,
Sind Sonne im lachenden Mai,
Die alle Dummheit und Stumpfheit zerbricht,
Wir sind wie die Vögel so frei.

Den Alten, die weis und müde sind,
Woll'n wir nicht böse sein;
Denn immer wird Sonne und Lied und Wind
Sich am Quell unsres Jungseins erneu'n.
Erich Ortjar.

Prüfungsleistungen im späteren Leben meist nur Durchschnittsleistungen aufzuweisen und ihrem Wesen nach subalterne, fägliche Menschen werden bzw. bleiben. Wohingegen die führenden, geistig bedeutenden und selbständigen Menschen auf der Schule durchaus nicht immer gute Leistungen zeigten und selten zu denen gehörten, die den vorchriftsmäßigen Weg der Prüfungen gingen. Ausnahmen gibt es wohl nach der einen wie nach der anderen Seite hin. Sollten wir nicht die Konsequenzen daraus ziehen?

Was soll denn eigentlich geprüft werden? In erster Linie Kenntnisse, die sich ja auch am leichtesten feststellen lassen. Dann: die Fähigkeit selbständigen Denkens und Urteilens, technische Fertigkeiten, praktische

Petroleum

II.



Herr Roß erwiderte: „Ich weiß,“ und gab zu, daß die Vereinigung ihn durch Berichte auf dem laufenden hielt. „Aber ich mache mir keine Sorgen. Wollen meine Arbeiter eine Gewerkschaft, so werde ich schon Mittel und Wege finden, mich mit ihr zu vertragen; ich habe mein Lebtag versucht, gegen meine Leute gerecht zu sein, und die meisten von ihnen wissen das.“ Paul meinte: „Sie müssen vor allem die Ursache des Ganzen erkennen, Herr Roß: seit dem Krieg in Europa sind die Preise fast aller Rohstoffe gestiegen, auch der Preis des Petroleums. Der Arbeitgeberverband jedoch klammert sich an den alten Lohnsatz; das ist ungerecht, es reizt die Arbeiter. Und die Unternehmer, die gegen die Gewerkschaft kämpfen, sind äußerst kurzsichtig, da sie auf diese Art die Arbeiter in die Arme der IWWs. treiben.“

Herr Roß machte ein bestürztes Gesicht; die IWWs. hatten den Ruf, äußerst gefährliche Leute, fast Anarchisten zu sein, die sich der Quellen bemächtigen, sie zugunsten der Arbeiter ausbeuten wollten. Man hörte allerlei unheimliche Dinge über Sabotage; die Arbeiter bestrafen unnachgiebige Unternehmer dadurch, daß sie die Produktionsmittel ruinierten, bisweilen sogar eine Quelle in Brand steckten. „Sind die IWWs. wirklich hier auf der Bildfläche erschienen?“ fragte Herr Roß besorgt.

„Es geht natürlich nicht,“ entgegnete Paul, „daß ich etwas verrate, doch gibt es in jeder Industrie, auf jedem Petroleumfeld IWWs. Man kann sie nicht fernhalten. Ihrem Einfluß läßt sich nur durch ein gerechtes Vorgehen entgegenwirken.“

Paul hatte das Problem „Kapital und Proletariat“ gründlich studiert, genau so, wie er alles studierte, auf das er fiel. Er hatte Bücher gelesen, die Bunny nicht einmal dem Titel nach kannte, die in den Kursen nicht erwähnt wurden, weil sie das Problem vom Standpunkt des Proletariats betrachteten. Paul hatte auch häufig mit einem Organisator geredet, den die Petroleumarbeiter-Gewerkschaft hergeschickt hatte, einem äußerst klugen Menschen, der seit Jahren die Petroleumfelder bearbeitete und die Verhältnisse genau kannte. Dies interessierte Bunny sehr; er hätte den Mann gerne kennengelernt und fragte den Vater, ob nicht auch er mit ihm reden wollte. Der Vater gab die Antwort, die er jetzt immer gab: „Ich habe mit der neuen Röhrenleitung und dem Bau der Raffinerie viel zu tun; vielleicht später einmal.“ Herr Roß betrug sich stets selbst: er sollte auch in der Zukunft niemals Zeit haben. Doch hatte er nichts dagegen, daß Bunny alle Gewerkschaftsagitatoren der Welt kennenlernte, wenn es ihm Freude machte; er würde ohnehin noch genug mit ihnen zu tun haben. Paul erklärte, Tom Azton sei zwar im Geheimen hier, weil ihn alle Direktoren kannten, er sei erst gestern von den Exzessiv-Leuten hinausgeworfen worden. Aber Azton sei zweifellos bereit, mit Bunny zu reden. Nur dürfe er sich nicht einbilden, das könne Azton daran hindern, die Arbeiter des Herrn Roß zu organisieren.

Das Ergebnis dieses Gesprächs war, daß Azton aufgefordert wurde, mit Bunny im Lesezimmer zusammenzutreffen. Das war die größte Sensation des Watkins-Feldes seit dem Brand der ersten Quelle. Die Arbeiter der Nachtschicht vergaßen zu schlafen; langerten umher, um sich den Anblick der beiden zu leisten; vor allen Türen und Fenstern tauchten Gesichter auf, die hineinschauten. Ein Gewerkschaftsorganisator stand im Ruf, ein furcht-

Befähigung. Das innerste des Menschen: gewisse seelische Qualitäten, wie Feinsüßlichkeit, Aufwühlbarkeit, soziale Verantwortlichkeit, lassen sich niemals durch Prüfungen erforschen und numerieren. Ja, diese Qualitäten leiden unter der Geißel der Prüfungen, sowohl bei den Geprüften wie bei den Prüfenden. Der Mensch ist keine Rechenaufgabe, bei der addiert und subtrahiert werden kann, wobei dann immer eine reinliche Lösung herauskommt; er ist Seele und deshalb im wahren Sinne des Wortes unberechenbar, unprüfbar.

Handelt es sich um Feststellung von Kenntnissen, so ist der Dumme, insofern er gelernt hat und über ein gutes Gedächtnis verfügt, gegenüber dem Klugen, insofern er ein schlechtes Gedächtnis hat, im Vorteil. Es gibt Prüflinge mit einer erstaunlichen Kombinationsfähigkeit, die aber weniger auf Geistesklugheit beruht als auf der Gabe intuitiver, fast instinktmäßiger Anpassungsfähigkeit. Kurz gesagt: der Prüfling errät, was von ihm gewollt wird. Mit wenigen Kenntnissen kann er umfassendes Wissen vortäuschen. Hier liegt die große Gefahr für den sittlichen Menschen. Die Täuschung, als Mittel zum Zweck gebraucht, wird notwendig. Es gibt Schulklassen, die für Prüfungsarbeiten ein völliges Betrugssystem ausgearbeitet haben, so geschickt, daß die Lehrer während der ganzen Schulzeit nie etwas gemerkt haben. Hinterher rühmt man sich dieser Taten prozesshaft. Noch schlimmer ist es, wenn sich die Anpassung an den Willen des Prüfenden im Unterbewußtsein vollzieht: der Prüfling unterliegt der Selbsttäuschung — als wisse er wirklich etwas — und macht späterhin das Leben für seinen eigenen Mangel an Lebenseignung verantwortlich.

Die Prüfungen sollen aber auch die Fähigkeit selbständigen Denkens und Urteilens erweisen. Das ist sehr schwer, und es gibt wenig Prüfende, die hierin Meister sind. Der Fehler liegt hier nicht im Menschen begründet, sondern im Schulsystem der Vergangenheit. Wenn auch die Schulbestimmungen von 1872 die Forderung der Selbständigkeit der Schüler aufstellten, so wurde doch diese Forderung durch den bekannten kaiserlichen Erlaß vom Jahre 1888 der Tat nach völlig umgestoßen. Und wer die Schulen der Vergangenheit und Gegenwart kennt, der weiß, daß wir von Denk- und Gewissensfreiheit in Schul- und Berufsbildung, von einzelnen Schulen abgesehen, weit entfernt sind. Dies tritt natürlich auch bei den Prüfungen hervor. Die Prüflinge schneiden oft am besten ab, die in Meinung und Aussage die Anschauung des Prüfenden vertreten. Was psychologisch erklärlich ist. Denn der Prüfende, meist ein Mensch mit Lebenserfahrung, zugleich Glied einer herrschenden Gesellschaftsschicht und damit zum Teil Produkt dieses Milieus, hält seine Anschauung für die richtige und maßgebende. Und so ist leicht von vornherein eine Abneigung gegen andersartige Meinungen vorhanden. Summa in unserer Zeit, da man hinter freierer Denkeinstellung unserer Jugend unmittelbar revolutionäre Gesinnung vermutet. Mit Recht. Aber wo man

einen sachlichen Gegner achten sollte, steht man leider einen Feind, den man meint bekämpfen zu müssen. Der Prüfling, unter dem Druck wirtschaftlicher Abhängigkeit stehend — er muß das Examen bestehen, er muß sogar ein gutes Examen machen, um im Leben eine Anstellung zu finden —, gibt unwillkürlich nach, stellt sich auf die Anschauungen des Prüfenden ein und wird so zum Verräter an sich selbst. Ich sehe in den Prüfungen diese große Gefahr, daß man den Menschen unter den Druck wirtschaftlicher Abhängigkeit stellt und ihn dadurch, sicherlich oft unbewußt, zur Unwahrhaftigkeit zwingt.

Der Maßstab, mit dem man Prüfungen mißt, ist aber auch nach anderer Richtung falsch. Der Prüfende geht seinen Gedankengang, der Prüfling muß folgen. Wer sich am besten führen läßt, schneidet am besten ab. Hier wird nicht die Fähigkeit eigenen Denkens geprüft, sondern die Fähigkeit, anderen Gedankengängen nachzugehen, nachzudenken. Die rezeptive Tätigkeit wird also höher bewertet als die produktive. Natürlich ist auch sie für wissenschaftliches Arbeiten von Bedeutung, aber wenn man weiß, daß gerade großen Menschen und Pädagogen, wie zum Beispiel Pestalozzi, diese Fähigkeit abging, wird man sie kaum mehr zum Maßstab für Prüfungen nehmen können.

Man sagt: Prüfungen sollen die Konzentrationsfähigkeit und die Kraft zu schneller Einstellung nachweisen. Nach meinen psychologischen Beobachtungen gibt es Menschen, die wundervoll konzentriert arbeiten können, nur nicht in Prüfungen. Sensible und nervöse Menschen leiden in der Zeit vor den Prüfungen und währenddessen oft derart, daß ihre Konzentrationsfähigkeit gänzlich entzündet. Daß aus Angst vor den Folgen eines nicht bestandenen Examens schwere nervöse Störungen eintreten können, will ich nur nebenher erwähnen. Die Fähigkeit schneller Einstellung und Umstellung ist sicherlich im Leben wichtig. Aber: für's Leben wird man nur durch das Leben erzogen, niemals durch Prüfungen.

Die Prüfungen fallen zumeist in die Jugendzeit des Menschen und damit in die Zeiten stärkster seelischer Erregbarkeit. Die Entwicklungszeit des jungen Menschen ist schon an sich eine Zeit schwerer Kämpfe, in denen sich das Schicksal des Menschen gestaltet. Zu dieser Belastungsprobe, die wir der Jugend an sich nicht ersparen können, fügen wir nun aber willkürlich noch die Belastung durch Examina hinzu. So kommt es, daß der Prüfling in einer Krisenstimmung ist, die seine wahre Natur oft verhüllt, wenigstens nicht klar in Erscheinung treten läßt. Besteht er das Examen nun nicht, so ist der Weg zur Verzweiflung nicht mehr weit — man kennt die Ursache mancher Selbstmorde. Nur daß man nicht gerne davon spricht. Man glaubt, man könne Tatsachen durch Verschweigen aus der Welt schaffen. Und wenn es auch in den meisten Fällen vielleicht nicht zur letzten äußeren Katastrophe kommt, so ist die

bares und geheimnisvolles Wesen zu sein, das sich nur nachts zeigte, mit den Arbeitern heimlich auf den Hügeln zusammentraf, und nun kam er am helllichten Tag mit dem Sohn des Alten zusammen! „Ein famoser Bursche, dieser Bunny Rog!“ brummt die Arbeiter, und in diesem einen Punkt waren sie mit ihrem Arbeitgeber der gleichen Meinung.

Tom Arton war ein hochgewachsener Mann, aus dessen etwas schleppenden Worten der weiche Akzent der Südstaaten tönte; er sah kräftig aus und mußte es auch sein, da er in seinem Beruf allerlei Mißhandlungen ausgesetzt war. Selbstverständlich konnte er nicht beweisen, daß der Arbeitgeberverband gekaufte Rowdys aus sandte, um ihn zu verprügeln und fast zum Krüppel zu schlagen, da es ihm jedoch auf den südkalifornischen Petroleumfeldern immer wieder zustieß, lag der Verdacht nahe.

Bunny war entsetzt. Er hatte noch nie etwas derartiges gehört und fand kaum Worte: „Herr Arton... hoffentlich glauben Sie nicht, daß... daß auch mein Vater mit diesem dreckigen Dorgehen etwas zu tun hat?“

Der Organisator lächelte; anscheinend hatte er mit Paul gesprochen: „Ihr Vater vertritt die Ansicht, daß alle Gewerkschaftsangehörigen bestechlich und Parasiten sind. Fragen Sie ihn doch einmal, wie genau er die Unternehmer-Vereinigung und die Leute kennt, die sie leiten, und ob er weiß, was sie uns antun. Sie werden sehen, daß Ihr Vater, gleich den meisten unserer Arbeiter, seine Organisation vernachlässigt.“

Als Bunny sich später erkundigte, gab der Vater zu, daß er keiner Sitzung der Vereinigung beiwohnte, sondern immer nur wortlos seinen Mitgliedsbeitrag zahlte. Selbstverständlich vergrößerte diese Entdeckung Bunnys Achtung für den Organisator,

und er glaubte ihm alles, was er über die Arbeitsbedingungen in Paradiß und auf anderen Petroleumfeldern gesagt hatte, und daß die Unzufriedenheit der Arbeiter immer größer werde.

III.

Die Alliierten, Beherrscher der Meere, schickten sich an, Deutschland auszuhungern, und Deutschland antwortete darauf mit seiner wirksamsten Waffe, dem U-Boot. Die Vereinigten Staaten hatten der deutschen Regierung das Versprechen abgenötigt, keine Passagierdampfer ohne vorhergegangene Warnung zu versenken. Jetzt jedoch, Anfang 1917, erklärte Deutschland, es werde sich nicht länger an sein Versprechen halten, und nun hieß es allgemein, Amerika müsse in den Krieg eintreten. Der deutsche Botschafter in Washington wurde heimgeschickt, und von diesem Augenblick an herrschte in den Schulen nicht mehr der Geist der Neutralität.

Die Petroleumunternehmer fanden es von den Arbeitern äußerst unpatriotisch, daß gerade sie in diesem Augenblick eine Lohnerhöhung und eine Herabsetzung der Arbeitszeit verlangten. Jetzt, da Amerika sich verteidigen müsse und so viel Petroleum brauchen werde, wie noch nie in der Weltgeschichte!

Die Arbeiter antworteten auf die Vorwürfe mit der Erklärung, daß die Unternehmer niemals freiwillig Konzessionen machten, sondern immer nur gezwungenerweise. Und nun sei der günstigste Augenblick gekommen. Es sei unwahrscheinlich, daß die Petroleummagnaten das Petroleum versenkten; sie erhielten bereits heute unglaublich hohe Preise, die, falls Amerika tatsächlich Krieg führen sollte, noch um ein beträchtliches steigen dürften. Die Arbeiter verlangten den Kosten der Lebenshaltung angemessene Löhne. Auf allen Petroleumfeldern wurden Versammlungen ab-

innere Katastrophe, das seelische Zerbrechen, sehr häufig gegeben. Da, wie aufgezeigt, die Anschauungen über Prüfungen aufs engste verbunden sind mit den Anschauungen über Klassen- und Standesgliederungen und dadurch mit dem gesamten Bildungswesen, so kann auch nur eine durchgreifende Bildungsreform — abgesehen von der grundlegenden wirtschaftlichen Umgestaltung — zu einer Abschaffung der Prüfungen, jedenfalls so wie sie heute gehandhabt werden, führen. Eine konsequente Schulreform oder Schulrevolution muß umstoßen, was nicht mehr unseren sozialpädagogischen Anschauungen entspricht. Sie muß Einrichtungen vernichten, die Persönlichkeitsbildung und Gemeinschaftsleben gefährden.

Eltern aber, deren Kinder Prüfungen zu bestehen haben, sollen und müssen wissen, daß Examina kein absoluter Maßstab für die Tüchtigkeit und Lebenskraft des jungen Menschen sind. Sie sollen in solchen Zeiten ihren Kindern das Leben erleichtern und ihre Wertung des jungen Menschen nicht vom Bestehen oder Nichtbestehen einer Prüfung abhängig sein lassen.

Henny Schumacher.

Die letzte Stunde

Gerade habe ich eine rührende Geschichte gelesen. Ich will sie euch erzählen, setzt euch um mich herum. Die Geschichte heißt: „Die letzte Lektion“ und ist von Alfons Daudet geschrieben, einem Franzosen. Aber dafür kann er nichts.

Es ist eine traurige Geschichte über einen Schullehrer im Elsaß, und sie spielt unmittelbar nach dem französisch-preussischen Kriege im Jahre 1871, als Elsaß und Lothringen durch die Deutschen annektiert wurden als Belohnung, die sich die Sieger zuerkennen, weil sie die Sieger waren. Und hier möchte ich die Bemerkung einschalten, daß ihr, wenn ihr irgend etwas klauen wollt, recht was Großes klagt, zum Beispiel ein Land, sonst werdet ihr wegen Diebstahls eingelocht.

Also, was ich sagen wollte: Dieser Schulmeister stand im Begriff, einigen Jungen eine französische Unterrichtsstunde zu geben. Der Krieg war damals noch eine altmodische Sache, denn als er vorbei war, waren noch einige alte Männer und einige kleine Jungen übriggeblieben. Der Lehrer kam also herein und sagte zu seiner Klasse: „Kinder, dies ist die letzte französische Stunde, die ich euch gebe. Von Berlin ist die Order gekommen, daß in den Schulen von Elsaß-Lothringen nur mehr Deutsch gelehrt werden dürfe.“ Dann fuhr er fort und sagte, daß Französisch die schönste Sprache in der Welt sei (offenbar eine ungenaue Feststellung) und daß sie das niemals vergessen sollten, obwohl sie morgen Deutsche sein würden. Hierauf schrieb er auf die Tafel: „Es lebe Frankreich!“ Da ihn die Rührung übermannte, schickte er die Klasse nach Hause. Dann, um der Geschichte den nötigen Schluß zu geben, hörte man in der Ferne den Lärm von deutschen Signalhörnern.

Wie gesagt, es ist eine traurige Geschichte, obwohl wir ihre Traurigkeit auch nicht überschätzen wollen, wenn wir die Sache vom Standpunkt der Jungen betrachten. Es gab immer einige Knaben in der Klasse, die Französisch nicht mochten und über die letzte Stunde froh waren.

Für meinen Geschmack ist die letzte Unterrichtsstunde in jedem Fach ein Gegenstand der Freude. Wenn mir jemand, als ich ein



... die Sache vom Standpunkt der Jungen ...

Schuljunge war, gesagt hätte, daß irgendeine Stunde die letzte sei, würde ich ihm mein Taschengeld gegeben haben, weil zu meiner Zeit (in den siebziger Jahren) der einzig offen zugestandene Sinn und Zweck jeder Schulstunde der war, daß sie die Schüler schauderhaft langweilte, obwohl ich zugebe, daß Französisch weniger widerwärtig war, da es eine Gelegenheit gab, sonderbare Geräusche hervorzubringen. Indessen, die letzte französische Unterrichtsstunde war also da, und am folgenden Tage wurden die Schüler automatisch Deutsche, und Französisch war verboten in den Schulen.

Als ich die Geschichte ausgelesen hatte, verfiel ich ins Träumen. Es ist ein großartiger Anblick, mich träumen zu sehen. Ihr kennt die Statue Rodins „Der Denker“. Nun, genau so sehe ich aus, nur daß ich einen grauen Anzug an habe. Und wie so meine Phantasie schweifte und unbekannte Dinge gestaltete, dünkte es mich, ich sähe einen von diesen Knaben im Mannesalter, und er wäre, nachdem er durch irgendein Wunder lebendig herausgekommen, jetzt Schulmeister in derselben Elsaßer Schule. Deutlich hörte ich ihn mit trauriger Stimme sagen: „Kinder, dies ist die letzte Deutschstunde, die ich euch gebe. Morgen seid ihr Franzosen.“ Und er schrieb auf die Tafel: „Deutschland über alles!“ Es war sehr traurig, und die Szene schloß passenderweise mit einem entfernten Lärm, der von französischen Hörnern herrührte.



Es ist ein großartiger Anblick, mich träumen zu sehen.

Dies gefiel mir ganz und gar nicht und so schaute ich nach, ob das Mittagessen fertig sei. Aber nein, die Kartoffeln waren noch nicht gar. So blieb mir nichts übrig, als weiter zu träumen.

Diesmal sah ich dieselbe Schule im Elsaß, aber in weit zurückliegender Zeit, im Jahre 1684, und wieder war da ein Schulmeister,

gehalten. In der zweiten Hälfte des Februar wandten sich die Gewerkschaftsführer an die verschiedenen Petroleumgesellschaften und verlangten eine Konferenz. Als diese Forderung unberücksichtigt blieb, drohten sie den Unternehmern mit Streik.

Drei Männer suchten Herrn Roß auf, ein Arbeiter, der seit langem bei ihm schaffte, und zwei neue. Drei junge Menschen; — auf den Petroleumfeldern sah man selten einen Arbeiter, der mehr als fünfunddreißig Jahre zählte; und alle drei waren „weiße“ Amerikaner. Die Delegierten hielten den Hut in der Hand, waren blaß, etwas verlegen, aber entschlossen. Sie mochten Herrn Roß gut leiden, erklärten, er sei „anständig“ und müsse wissen, daß ihre Forderungen gerechtfertigt seien. „Können Sie nicht die Initiative ergreifen“, fragten sie, „den neuen Lohn tarif einführen und dadurch den anderen Unternehmern ein Beispiel geben? Dann würde die Arbeit keine Unterbrechung erleiden. Kommt es zum Streik, so breitet er sich aus, der Petroleumpreis steigt sofort, und Sie, Herr Roß, verdienen viel mehr, als Sie beim neuen Lohn tarif zulegen müssen.“

Herr Roß entgegnete: „Ich gehöre dem Arbeitgeberverband an und habe mich verpflichtet, seine Beschlüsse zu befolgen. Was würde aus meinem Ruf als „anständiger“ Mensch, wollte ich während einer Krise meine Verbündeten im Stich lassen? Ich kann nur eines tun: bei der Unternehmer-Vereinigung auf eine Einigung mit den Arbeitern hinwirken; ich will alle andere Arbeit beiseite lassen, nach Angel City fahren und sehen, was ich ausrichten kann. Meiner Ansicht nach ist der Achtstundentag eine berechtigte Forderung, und ich bin auch für eine Lohnskala, die sich den Lebenskosten anpaßt, damit die Arbeiter nicht unter dem Schwanken der Preise leiden.“

Die Delegierten fühlten sich durch dieses Versprechen ermutigt, sie schüttelten Herrn Roß freundschaftlich die Hand.

Wäre Herr Roß sich selbst überlassen gewesen, er hätte nie und nimmer diese fortschrittliche Stellung eingenommen. Sein ganzes Herz hing an seinem Geld oder an den Plänen, deren Ausführung es ihm ermöglichte; er wäre daher dem eigenen Gefühl nach mit den Unternehmern gegangen, wie bisher immer. Aber da war Bunny, der „kleine Idealist“; Bunny liebte die Arbeiter, und auch sie hatten ihn gerne; Herr Roß war auf die freundschaftlichen Gefühle zwischen seinem Sohn und seinen Arbeitern stolz und kannte Bunny gegenüber eine Sentimentalität, die ihm sonst völlig fremd war. Außerdem durfte er nicht vergessen, daß Paul das Leben der Arbeiter aus erster Hand kannte, und Bunny bestand darauf, Paul in sein Leben zu zerren, ihn mit Fragen zu bestürmen, ihn zu zwingen, Dinge auszusprechen, die Paul freiwillig vielleicht nie gesagt hätte. Kurz, Paul war ein Faktor geworden, und deshalb versprach Herr Roß, die Forderungen der Arbeiter zu unterstützen.

Zum erstenmal wohnte er einer Sitzung seiner eigenen „Gewerkschaft“ bei. Sie währte bis ein Uhr nachts. Bunny kam in die Stadt und erwartete den Vater im Hotel; er wollte sofort Bescheid haben.

Anscheinend gleichen die meisten Mitglieder der Unternehmer-Vereinigung in dem einen Punkte Herrn Roß: sie hatten die Leitung ihrer Gewerkschaft anderen überlassen. Bei dieser wichtigen Zusammenkunft waren nicht mehr als vierzig Männer erschienen; die Führung hatten die „Großen Fünf“. Der Vorsitzende, allem Anschein nach die Seele des Ganzen, war Syndikus der Excelsior Petag und besaß eine kleine Quelle; — damit auch

der zu einigen Knaben sagte: „Jungens, dies ist die letzte deutsche Stunde, die ich euch gebe, denn morgen seid ihr Franzosen, und ich werde zusammen mit euren Vätern wahrscheinlich von Ludwig XIV. gehängt werden.“

Dann machte meine Phantastie einen weiteren Schritt nach rückwärts bis zum Jahre 1550, und ich hörte einen Schulmeister sagen: „Dies ist die letzte Stunde, die ich euch gebe, denn morgen werdet ihr Protestanten sein, und ich werde gehängt werden, weil ich im Bauernkrieg auf der verkehrten Seite war.“ Und in der Ferne hörte man Lärm, der von Luther herrührte. Und dann ging es im Galopp rückwärts bis 870, und der Schulmeister sagte: „Dies ist die letzte fränkische Sektion, die ich euch gebe, denn morgen seid ihr Germanen.“ Und im Jahre 550 stand wieder ein Schulmeister auf dem Katheder und sagte: „Auf Wiedersehen, ihr Jungen, morgen werdet ihr Franken sein.“ Und Anno 340 sagte er: „Heil, ihr Knaben, dies ist die letzte Stunde in Latein, morgen seid ihr Alemannen.“ Im Jahre 100 v. Chr. aber hieß es: „Dies ist die letzte Stunde in Keltisch, Morgen werdet ihr Römer sein.“

Damit war meine Phantastie mit Elsaß am Rande. Und ich



Von morgen ab seid ihr Menschen.

war froh, denn es schien mir eine ungemütliche Gegend zu sein, und ich hatte die Geräusche von draußen, die man immer hörte, satt. Aber ich war nun einmal hinter Schulmeistern her, und so durchsuchte ich Europa und fand schließlich noch einen in Tirol. Und ich hörte, wie er sagte: „Jungens, dies ist die letzte Stunde in Deutsch, denn morgen werdet ihr Italiener sein. Von Rom ist Order gekommen, daß niemand in Tirol die eigene Sprache sprechen darf, und ich gehe ins Gefängnis, weil ich in meinem Zimmer einen Christbaum aufgestellt hatte.“

Inzwischen war mein Essen fertig, und ich hatte gerade noch Zeit, zu sehen, wie ein alter Affe auf einem Baum saß und sagte: „Jungens, dies ist eure letzte Stunde im Klettern, von morgen ab seid ihr Menschen und werdet auf dem Erdboden leben und den Rest eures Lebens damit verbringen, daß ihr ihn einander steht.“

(„New Leader“, Wochenschrift der Englischen Arbeiterpartei.)

Es ist richtig, daß Reichtum eine Anhäufung von Arbeit ist; nur ist es dabei gewöhnlich so, daß der eine die Arbeit verrichtet, und der andere — die Anhäufung. Und das wird dann von klugen Leuten „Arbeitsteilung“ genannt. Leo Tolstoj.

Die Werkschulen der Industrie

Im Sommer v. J. wurde von Arbeitgeberseite eine Umfrage über die Zahl der bestehenden Werkerschulen, ihre Schülerzahl und die Verteilung der Schüler auf die einzelnen Berufe vorgenommen, deren Ergebnis in dem Oktoberheft der „Technischen Erziehung“ in einem Aufsatz von Dr. G. Tollkühn besprochen ist. Es wurden 111 Schulen mit einer Gesamtschülerzahl von 17370, davon 2276 Nichtlehrlinge, festgestellt. Der Charakter dieser Schulen ist aber nicht einheitlich. Die große Mehrzahl ist in den Gebäuden der Werke selbst untergebracht; alle Kosten trägt das Werk, so daß die Lehrer Angestellte des Betriebes sind. Von der Gemeinde erhält das Werk dafür eine Ermäßigung der Berufsschulbeiträge. In einzelnen Fällen trägt wohl das Werk ganz oder zum größten Teil die Kosten, die Schulen befinden sich aber in öffentlichen Schulgebäuden. Eine dritte Gruppe befindet sich wohl in den Räumen industrieller Unternehmungen, die Lehrer sind jedoch Angestellte der Gemeinde bzw. des Staates, und das Unternehmen trägt nur die sachlichen Kosten. Trotz dieser verschiedenartigen äußeren Umstände ist aber diesen Schulen gemeinsam das Prinzip eigen, daß eine enge Verbindung zwischen Werkstattausbildung und Schulunterricht besteht.

Die den Werken durch die eigenen Schuleinrichtungen entstehenden Kosten sind natürlich höher, als die Ersparnis an Schulbeiträgen ausmacht. Diese Kosten werden nach Dr. Tollkühn „nur in der Absicht aufgebracht, die theoretische Ausbildung den besonderen Bedürfnissen des Werkes anzupassen. Daß zuweilen auch andere als rein sachlich-berufliche Motive bei der Werkerschulgründung im Vordergrund stehen, ist für die sach- und berufstheoretische Ausbildung unerheblich“. Für uns sind diese anderen Gründe allerdings ganz wesentlich, denn die oft betonten großen Aufwendungen der Werke für die Werkerschulen sind häufig in der Absicht gemacht, dafür den Schülern die notwendige „Werkverbundenheit“ einzupflanzen.

Die größte der Zahl der Schulen und auch der Schüler entfällt auf die Metallgewinnung und -verarbeitung einschließlich der Fahrzeugindustrie; es handelt sich um 88 Schulen mit rund 15000 Schülern. Die übrigen 23 Schulen mit etwa 2400 Schülern verteilen sich auf Textilindustrie, Holzgewerbe, Chemie, Wärfen, Papier-, Kautschuk- und Steinindustrie. Es handelt sich also bisher nur um wenige Industriezweige, in denen die Werkerschulen eine nennenswerte Rolle spielen. Noch geringer ist ihre Bedeutung, wenn man die Zahl der von ihnen erfassten Schüler mit der der erwerbstätigen Jugendlichen unter 18 Jahren vergleicht. Von den etwa drei Millionen Jugendlichen besuchen etwa 17000, das sind noch nicht 6 v. T., die Werkerschulen. Diese Tatsache gilt es festzuhalten, wenn etwa versucht werden sollte, dem Berufsausbildungsgezet die Gestalt zu geben, wie es gewisse Vertreter des Werkerschulgedankens gern möchten.

er als Petroleumunternehmer fungieren konnte. Hinter ihm stand eine Gruppe, die von ihm die Stichworte erhielt und für seine Resolutionen stimmte. Der Dater erzählte Bunny, die ganze Sitzung habe etwas an das Vorgehen einer Dampfwalze erinnert.

Bunny wollte alle Einzelheiten erfahren.

„Ich habe so taktvoll wie möglich die Partei der Arbeiter ergriffen und auch glücklich zwei Unternehmer gefunden, die, wenn auch etwas ängstlich, bereit waren, meinen Standpunkt zu vertreten. Die herrschende Gruppe betrachtete mich offensichtlich als einen Renegaten, sie hat es ziemlich unzweideutig ausgesprochen. Du weißt ja, wie es ist, mein Junge, wir befinden uns in einer Stadt der „offenen Werkstatt“; alle Unternehmer verfechten diesen Standpunkt. Man könnte ebenso gut mit dem Kopf gegen Steinmauern rennen, als mit diesen Menschen über Gewerkschaften debattieren. Freilich ist ihr Standpunkt erklärlich, die Gewerkschaften haben ihnen viele Schwierigkeiten verursacht, das hat sie eben verbittert. Sie behaupten,“ und nun gab der Dater alle Argumente wieder, die ihm an den Kopf geschleudert worden waren: „Gewerkschaften sind gleichbedeutend mit Bestechung, Betrug, Unordnung, Erpressung, Streiks, Sozialismus.“

„Was werden sie tun, Dater?“

„Die Gewerkschaft verbieten, das ist alles. Ich sagte ihnen: „Es erweckt den Eindruck, als habe sich die Unternehmer-Vereinigung in eine Streikbrecheragentur verwandelt.“ Und Fred Naumann, der Vorsitzende, fuhr mich an: „Sie haben das wahre Wort gefunden.“ „Wo immer und wann immer es auf den Petroleumfeldern zu Streiks kommt, wird die Vereinigung als Streikbrecheragentur auftreten“; das sagte Raymond, der Direktor der Victor-Gesellschaft. Dann mischte sich Ben Skutt ein.“

„Ben Skutt?“

„Ja, auch er war da; er scheint für die Vereinigung zu „investigieren“, eine schönere Bezeichnung für spitzeln. Er wußte ganz genau, was ich am vorhergegangenen Tag mit meinen Arbeitern gesprochen hatte, und fragte, ob ich mir im klaren über die Wirkung meines unglückseligen Verhaltens sei: — es bedeute eine moralische Unterstützung der Leute. Ich erklärte Ben, daß ich mir erlaubte, das zu sagen, was ich denke. Ich verfolgte mit Aufmerksamkeit alles, was sich in der Sitzung zutrug, wäre auch bereit, es die Zeitungen wissen zu lassen, falls sie sich danach erkundigten. Naumann lächelte höhnisch: „Ich glaube nicht, daß die Presse sich dafür interessieren wird, Herr Rob.“

„Und was wirst du tun?“ erkundigte sich Bunny.

„Was kann ich tun, mein Sohn?“ Das Gesicht des Daters war aschgrau und tief gefurcht; Bunny wußte, daß er bestimmt bis zum Morgen wachgelegen und gegrübelt hatte. Dennoch konnte Bunny nicht unterlassen, es dem Dater noch schwerer zu machen: „Wollen wir diesen Kerlen wirklich gestatten, unsere Angelegenheiten zu regeln?“

„Es sieht danach aus, mein Sohn. Ich bin finanziell nicht in der Lage, das Spiel allein auszuhalten.“

„Mit all deinem Petroleum?“

„Ich habe ja eine Menge Petroleum, doch das meiste ist noch in der Erde. Und für diese Sache brauchte ich wenigstens zwei Millionen Dollars in bar.“

Und nun erklärte der Dater Bunny, wie die modernen Geschäfte gemacht werden: „Ein Mensch besitzt, wie reich auch immer er sein mag, nie genügend Geld, er muß gewissermaßen stets Geschäfte in der Zukunft machen.“

Regiebetriebe

I.

Fast möchte man glauben, die von den Gemeinden in eigener Regie betriebenen Unternehmen, kurz Regiebetriebe genannt, sind Erscheinungen neuerer Zeit. Das ist durchaus nicht der Fall, denn schon im Mittelalter, ja man kann annehmen, im frühesten Mittelalter, gab es gewerbliche Unternehmen der Städte. Das wird besonders durch einen Umstand wahrscheinlich, der mit der Gründung der deutschen Städte, unter Ausnahme der Römerstädte, im Zusammenhang steht. Die ersten Städte entstanden in Anlehnung an die Klöster, deren kulturelle Bedeutung relativ betrachtet — in recht überraschender Weise — weniger auf religiösem als auf industriellem Gebiete liegt. Da die Klöster einstens der Mittelpunkt des städtischen Lebens waren und einen regen gewerblichen Betrieb aufwiesen, findet diese Annahme eine wesentliche Stütze, auch wenn sie nur auf Rückschlüssen beruht. Jedenfalls weist der Bauplan des Klosters St. Gallen, der einzige aus dem frühen Mittelalter noch vorhandene, eine ganze Anzahl Räume auf, die zu Werkstätten bestimmt waren. Sicher ist außerdem, daß bereits im Jahre 1104 Handwerker im Lohnverhältnis zu den Städten standen. Und wie die Geschichte lehrt, gab es wohl im Laufe der Jahrhunderte keinen Gewerbebezirk, der nicht in städtischer Regie schon betrieben worden ist.

Urkundlicherweise tauchen im Mittelalter nur Betriebe auf, die zu rein kriegerischen Zwecken bestimmt waren. Besonders Pulvermühlen, Rüstungswerkstätten und solche zur Reparatur von Kriegswerkzeugen. So besaß Augsburg im Jahre 1502 einen ganz respektablen Betrieb auf handwerksmäßiger Grundlage.

Aber die Staatsregierungen blieben nicht zurück und Sachsen kann für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, schon im Jahre 1475 eine Staatsfabrik, einen sozialisierten Betrieb, besessen zu haben. Großzügiger ging allerdings Preußen im März 1722 an die Errichtung einer staatlichen Gewehrfabrik in Spandau. Der Förderer des Gedankens war Friedrich Wilhelm I. (also der Vater des roten Fritz — vgl. die Briefmarke), der vernünftig genug war, zwei tüchtige Berliner Kaufleute, Splittgerber und Daun, zur Begutachtung heranzuziehen. (Das Gutachten ist nebenbei bemerkt ein Schulbeispiel für die damals vorherrschende merkantilistische Wirtschaftsauffassung.)

Es mag vielleicht als recht überflüssig erscheinen, soweit in die Vergangenheit hineinzuleuchten. Und doch hat es seine Berechtigung. Einmal soll erwiesen werden, auf welcher historischen Grundlage die Regiebetriebe stehen und zweitens, daß diese in allen Fällen, wo die Existenz einer Stadt oder des Staates von einem Produkt abhängig war, dieses in eigenen Werkstätten erzeugt wurde. Dieses Moment gilt mit derselben Berechtigung auch in der Gegenwart.

Allerdings waren es früher die Staatsbetriebe, gegen die sich eine erhebliche Feindschaft herangebildet hatte (Bücher). Manche herbe und leider nur zu berechtigte Kritik mußten sie sich gefallen lassen. Besonders oben erwähnte Gewehrfabrik und ihre Schwesterunternehmen waren bis zum Weltkrieg ein beschämender Beweis für Regiebetriebe — wie sie nicht sein sollen. Man denke die Leitung in den Händen des Militärs, die in der Fabrik eine Art Exerzierplatz sahen, alle Neuerungen selbstverständlich ablehnten und eine ganz unrationelle Betriebsform kultivierten. So konnte es nicht ausbleiben, daß sogar ein Dorfschullehrer dem staatlichen Betriebsleiter, der ihm voll Stolz gut gepflegte Werkzeugmaschinen vorführte, die ein fünfzigjähriges Dienstjubiläum hinter sich hatten, lachend den Rat gab, sie schnellstens ins alte Eisen zu werfen und dafür Automaten neuester Konstruktion anzuschaffen. (Erzberger.) Ähnlich lagen die Dinge bei der Post, die trotz endlich eingeführter Bureaumachines heute noch unheimlich den Boden für eine großzügig durchgeführte Reform abgibt. Besser steht schon die Eisenbahn da, deren größte Bremse aber Jahrzehntelang, genau wie in den anderen Staatsfabriken, das aller Vernunft hohnsprechende Grenzlohnsystem war.

Im Rahmen dieser kleinen Arbeit ist es nicht angängig, weiter auf die Regiebetriebe von Reich und Staat einzugehen, zumal ihre rechtliche Durchdringung noch nicht abgeschlossen ist. Dann aber auch läßt sich auf sie das im folgenden über die kommunalen Regiebetriebe, die eine gewisse Pionieraufgabe erfüllen, Gesagte übertragen.

Leider auch umgekehrt! Waren es bei den staatlichen Rüstungsbetrieben die Militärs, denen man in nicht zu ver-

stehender Weise die Leitung überantwortet hatte, so fanden sie ein Pendant in den Kommunalbetrieben, das sich entwicklungs-hemmend auswirken mußte. Dazu kam die Verschachtelung in den allgemeinen Haushaltsplan, Desorganisation und an manchen Orten eine etwas zweifelhafte Prosperität. Zweifelsfrei deswegen, weil mangelnde rechtliche Durchsicht und fehlende Vergleichsmöglichkeiten ein klares Bild nicht aufkommen ließen (vgl. Schmidt). Nicht unerwähnt kann bleiben, daß auch an manchen Orten die Gepflogenheit herrschte, die kommunalen Betriebe als Versorgungsanstalt zu betrachten. (Grimm.)

Es wäre töricht, wollte man mit geschlossenen Augen an Mißständen vorbeigehen. Damit würde man der Sache noch schlechter dienen als diejenigen, die da glauben, den Regiebetrieb ablehnen zu müssen. Die Erkennung der Uebelstände erst kann zu ihrer Beseitigung führen. Jedenfalls ist es ein grundsätzlicher Irrtum, wenn man etwa hieraus schließen wollte, die öffentliche Bewirtschaftung von Betrieben sei im allgemeinen immer unwirtschaftlicher als die private (vgl. Kollmann). Nicht der Regiebetrieb als solcher trägt die Schuld, sondern ganz bestimmte Umstände, die abstellbar sind.

Die äußere Form der Regiebetriebe.

Alles veraltet im Laufe der Jahre, auch die Betriebsformen. Doch wie die Dinge eben lagen, konnte sich eine Umwandlung hier nicht allzu leicht durchsetzen, weil sie von oben erfolgen mußte. Erst einer sonst in übler Erinnerung stehenden Zeitererscheinung war es vorbehalten, in dieser Stagnation das lebhaft wirkende Agens zu sein, der Inflation. In manchen Städten verursachte sie eine solche Panik, daß man sich beeilte, die gewerblichen Unternehmungen zu verpachten oder in den gemischtwirtschaftlichen Betrieb überzuführen. Ja auch zu Deräußerungen soll es verschiedentlich gekommen sein.

Eine solche Bewegung, die aber durch eine entgegengesetzt gerichtete zum Teil wieder ausgeglichen wurde, vollzog sich bereits vor dem Kriege einmal. Angefeuert durch das Beispiel der Stadt Königsberg setzte besonders in Sachsen eine solche Verpachtungsfreudigkeit ein, daß sich der Staat veranlaßt sah, in begründeter Weise dagegen Front zu machen. Denn mit viel Optimismus wurde verpachtet, aber das dicke Ende kam nach, weil dort, wo nichts zu verdienen ist, sich auch ein Pächter nicht finden läßt. Die Nachteile liegen so klar zutage, daß sich weitere Ausführungen erübrigen. Das Gemeininteresse wird durch eine Verpachtung fast immer geschädigt, auch wenn es sich um Güter, Rieselfelder, Hafenanlagen, Lagerhäuser und Markthallen handelt. (Schmann.)

Bezüglich der anderen Möglichkeit, dem gemischtwirtschaftlichen Betrieb, liegen langjährige Erfahrungen vor, wenn auch weniger bei lokalen als bei interkommunalen Betrieben, wie z. B. Ueberlandzentralen. Doch die Ergebnisse lassen sich ohne weiteres übertragen. Paffow hat dieser gemischtwirtschaftlichen Betriebsform, d. i. finanzielle Beteiligung der Gemeinde, unter Vorbehalt eines Mitbestimmungsrechtes, eine große Zukunft prophezeit, die sich aber nicht verwirklicht hat.

Für die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen kommt als privatrechtliche Form wohl nur die Aktiengesellschaft in Betracht. Hierbei ist selbstverständlich von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge, wer die Abstimmungs-majorität besitzt. Einmal werden wichtige Entschlüsse der Generalversammlung der Aktionäre durch die Majorität gefaßt, dann aber auch erfolgt durch sie die Entscheidung über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates. Alle vor Eingehung in die gemischtwirtschaftliche Form von den Gemeinden gemachten dahingehenden Bedingungen bleiben fromme Wünsche, weil sie den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen. (§ 243 HGB.) Von der Aktienmehrheit wird also im Grunde genommen das Geschick einer Gemeinde abhängig sein, zum mindesten sehr viel von ihr abhängen. Zwar schreibt Kopf, daß bei 40 Proz. Beteiligung der Gemeinde diese wesentlichen Einfluß auf die Leitung der Gesellschaft ausüben wird. Er bringt aber soviel Köhlerglauben selbst nicht auf, denn schließlich stellt er fest, daß die finanzielle Majorität der Kommunen notwendige Voraussetzung ist. Andernfalls mußte in den Verträgen der A.-G. mit der Gemeinde dieser noch die Möglichkeit verankert werden, sich gegen eine Dergewaltigung zu schützen. Dann aber wird das Privatkapital wahrscheinlich verzichten, obgleich es bei solchen gemischtwirtschaftlichen Unternehmen Doppeldiener ist. Denn gewöhnlich ist die Partnerin der Gemeinde eine Firma, die für Lieferungen von Maschinen und Anlagen in Betracht kommt. Abgesehen davon lehrt auch die Finanzgeschichte, wie die Minorität durch Börsenmanöver und ähnliche unlaubere Operationen Verluste erleiden kann.

Wie sich so ein Zusammenwirken von Gemeinde und Privatkapital gestalten kann, zeigt nachstehendes Beispiel.

Eine der für solche Transaktionen stark interessierte Kapitalistengruppe steckt hinter der Thügina. Eine ganze Anzahl gemischtwirtschaftlicher Betriebe ist bedauerlicherweise unter das Diktat dieser einseitig interessierten Gesellschaft geraten. Für alle Freunde solcher Transaktionen zur Warnung nur ein kleines Dorkommnis, das aber blühlichartig die Situation erkennen läßt. Die Thügina besitzt die Aktienmajorität der Ueberlandzentrale Auma. Die Minorität verteilt sich auf recht viele Gemeinden, von denen wiederum Zeulenroda, eine Stadt mit 13 000 Einwohnern, die meisten Anteile hat. Die Generalversammlungen sind eine Farce, in wenigen Minuten ist der geschäftliche Teil vorüber. Damit aber die zahlreichen Vertreter der Gemeinden nicht ganz umsonst gekommen sind, traktiert man sie mit Bratwurst und Bier. Dieses Jahr erfuhr eine fatale Störung, als der Vertreter von 3., gestützt auf die starke Beteiligung seiner Gemeinde, einen Sitz im Aufsichtsrat für diese forderte. Die Antwort vom Vorstandstisch war bezeichnend. Wenn der Antrag nicht sofort zurückgezogen wird, dann wird er niedergestimmt, im Falle er aber später schriftlich eingereicht wird, kann wohlwollende Behandlung in Aussicht gestellt werden. Diese wohlwollende Behandlung bestand in einer recht kurz gehaltenen Ablehnung durch den Aufsichtsrat.

Bei den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken scheint es ähnlich zuzugehen (vgl. Hansemann). Und die Stadtgemeinde Rheydt, deren Oberbürgermeister wenig erbaut von den Regiebetrieben war und die Ueberführung in die gemischtwirtschaftliche Form lebhaft propagierte, sah sich hinterher doch veranlaßt, die Aktienmehrheit auf Umwegen an sich zu bringen. Trotzdem hat sich die Niederrheinische Licht- und Kraft-A.-G. unter Führung der Gemeinde Rheydt glänzend entwickelt. (Kopsch.) Ein sehr wertvoller Beweis für die Regiebetriebe.

Haben die Gemeinden die Majorität, dann läßt sich nichts gegen eine Beteiligung des Privatkapitals, die natürlich auch in Obligationen erfolgen kann, einwenden, denn dieses wird wegen der Prosperität hier Anlagemöglichkeit suchen. In allen anderen Fällen aber bleiben, darüber sind sich verschiedene Autoren einig, die gemischtwirtschaftlichen Unternehmen fragwürdige Einrichtungen. Wenn aber vom gemischtwirtschaftlichen Betrieb genau so Abstand genommen wird, wie vom Verkauf oder einer Verpachtung, dann muß eben ein anderer Modus gefunden werden, um die städtischen gewerblichen Unternehmen in der Regie der Gemeinde zu erhalten und zu modernisieren.

Dr. Georg Petermann, Bürgermeister a. D.

Die Staatsarbeiter Bayerns im Jahre 1927

Bei Beginn des Jahres 1927 wurde auch in den bayerischen Staatsbetrieben die Frage der Arbeitszeit der bayerischen Staatsarbeiter aktuell und unsererseits in einem Antrag vom 26. Januar 1927 vom Staatsministerium der Finanzen verlangt, daß für die Arbeiter des Freistaates Bayern sobald wie möglich die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. Es wurde darauf verwiesen, daß sich die Begründung der Reichsregierung, die der Arbeitszeitnotverordnung vom 21. Dezember 1925, veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 134 vom 31. Dezember 1925 beigegeben, nicht halten ließ, und daß eine Änderung der Arbeitszeit im Interesse der großen Arbeitslosigkeit notwendig wurde.

Die damals gezogene Schlußfolgerung der Reichsregierung, daß durch eine Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus die volkswirtschaftlich notwendige Steigerung und somit eine Verbilligung der Produktion eintritt, war trotz der Verlängerung der Arbeitszeit trügerisch. Das Gegenteil war der Fall. Die deutsche Wirtschaft lag trotz der verlängerten Arbeitszeit schwerer denn je daneben und die Arbeitslosigkeit hatte einen Umfang angenommen, die in Deutschland bis jetzt wohl kaum übertroffen wurde. Die Reichsregierung mußte 1. einmal ein Verbot für Ableistung von Ueberstunden und 2. das Arbeitszeitnotgesetz vom 14. April 1927 erlassen. Die Verhandlungen mit der bayerischen Staatsregierung über diese Frage waren ziemlich langwierige und konnten erst am 9. Mai 1927 zum Abschluß gebracht werden. Es wurde erreicht, daß die Arbeitszeit für die Arbeiter der bayerischen Staatsverwaltung grundsätzlich auf 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich festgesetzt wurde.

Für die 49. bis 51. Stunde wird ein Zuschlag von 15 Proz.,

für die 52. bis 54. Stunde wird ein Zuschlag von 25 Proz.,

für die 55. bis 60. Stunde wird ein Zuschlag von 50 Proz.

gewährt. Arbeitnehmer, die am 1. April 1927 eine Arbeitszeitkürzung von 51 auf 48 Stunden erhielten, bekamen eine persönliche Ausgleichszulage von 2 Stundenlöhnen, von 54 auf 48 Stunden, 3 Stundenlöhne. Hervorzuheben ist, daß für die Arbeiter der bayerischen Staatsverwaltung die achtstündige Arbeitszeit erfreulicherweise von jeher beibehalten worden ist. Es verblieb nur die Regelung des Zuschlages für die 9. tägliche Arbeitsstunde (die bisher zuschlagsfrei war), der ebenfalls auf 15 Proz. festgesetzt wurde.

War schon die Frage der Arbeitszeit für die bayerischen Staatsarbeiter grundsätzlich eine der wichtigsten, so gilt auch die Regelung der Löhne als eine der aktuellsten und brennendsten Tagesfragen. Die in Bayern bestehenden Lohnabkommen wurden für den 1. April gekündigt und folgende Anträge gestellt:

Ab 1. April 1927 tritt für alle bayerischen Staatsarbeiter eine Lohnerhöhung von 8 Pf. pro Stunde ein. Die Volkslöhne gelten für Arbeiter vom vollendeten 21. Lebensjahr ab.

Bei den Staatsbauarbeitern wird die Ortsklasse D gestrichen und alle diese Orte in C gehoben. Den Arbeitern wird beim Straßentieren eine Schutzkleidung kostenlos gestellt, desgleichen Holzschuhe und Ueberanzüge.

Folgenden Arbeitern wird eine Sonderzulage gewährt: a) beim Straßentieren 15 Pf. pro Stunde, b) für Vorkührer 10 Pf. pro Stunde, c) für Nachführer 10 Pf. pro Stunde, d) Steinquetsch-

arbeitern 10 Pf. pro Stunde, e) Baggerarbeitern mit Handbetrieb 10 Pf. pro Stunde.

Den Anträgen wurde insofern stattgegeben, als den Arbeitern der Staatsverwaltung mit Wirkung vom 3. April eine Lohnzulage von 4 Pf. und ab 1. Oktober eine Lohnzulage von 1 Pf. pro Stunde gewährt wurde. Den Arbeitern der Staatsbauverwaltung wurde die gleiche Zulage zu den gleichen Terminen gewährt.

Außerdem wurde eine Teerzulage beim Heißteeren von 15 Proz. des betreffenden Stundenlohnes, mindestens aber 8 Reichspfennig, beim Kaltteeren eine Zulage von 5 Proz. des betreffenden Stundenlohnes, mindestens aber 3 Reichspfennig gewährt. Die notwendige Schutzkleidung wurde für die Arbeiter ebenfalls genehmigt.

Der Ausgang dieser Lohnbewegung brachte eine gegenseitige Bindung der Tarifparteien bis 31. März 1928.

Die Teuerungswelle und die Bewegung der Beamten, die auf eine wesentliche Verbesserung der Besoldungsordnung schließen ließ, gab auch für die bayerischen Staatsarbeiter das Signal für ein neuerliches Vorgehen auf Besserstellung der Löhne. Am 27. Oktober 1927 tagten in Nürnberg die beiden Staatsarbeiter-Tarifkommissionen zusammen und beschloßen einstimmig, bei der bayerischen Staatsregierung zu beantragen, daß den Staatsarbeitern in Bayern, soweit sie unter die Tarifverträge vom 25. Juni 1925 und vom 5. September 1925 fallen, mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 eine außerordentliche Lohnzulage gewährt wird. Ob sich diese Zulage in ziffernmäßigen Stundenloohnerhöhungen auswirkt, oder ob Pauschalabfindung gewährt wird, sollte einer Aussprache der Tarifparteien vorbehalten bleiben.

Das Resultat dieser Bewegung war, daß die bayerische Staatsregierung eine außertarifliche Lohnaufbesserung ablehnte. Das ist um so bemerkenswerter, als der Landtag schon im Jahre 1926 nachstehenden Antrag annahm:

„Die Staatsregierung ist zu ersuchen, mit Rücksicht auf die durchaus ungenügenden Tariflöhne dahin zu wirken, daß allen Arbeitern der Staatsbetriebe ab 1. Oktober 1925 eine den jetzigen Teuerungsverhältnissen entsprechende, durchgreifende Lohnerhöhung gewährt wird, wobei in erster Linie die bedürftigsten und am schlechtesten entlohnten Arbeiter zu berücksichtigen sind.“

Diese platonische Liebeserklärung gab die bayerische Volksvertretung gegenüber der Öffentlichkeit auch im Jahre 1927 ab, als ein Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, den Arbeitern der Staatsbetriebe rückwirkend ab 1. Oktober 1927 eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 25 Proz. zu gewähren, unterbreitet wurde. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde abgelehnt, dagegen ein volksparteilicher Antrag angenommen, der eine Vereinbarung mit den Tariforganisationen zur entsprechenden Erhöhung im Rahmen der Reichsregelung und der Tariflöhne herbeigeführt wissen will.

Es ergibt sich also in Bayern das Kuriosum, daß die Volksvertretung den Arbeitern eine Aufbesserung zukommen lassen will und daß die Regierung jedes Entgegenkommen ablehnt. So wurde dann auch nichts anderes gewährt, als daß die Löhne gleich den Reichsarbeiterlöhnen einer Nachprüfung unterzogen und für die Arbeiter in 25 Orten eine Aufbesserung von 1—3 Pf. pro Stunde mit Wirkung vom 16. Oktober 1927 zugestanden wurde. Diese Erhöhung bezieht sich auf die Arbeiter der Staatsverwaltung und

Ist noch nicht einwandfrei durchgeführt. Das bayerische Staatsministerium der Finanzen will die im Reich gewährten 3 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde in den Lohngruppen IV und V für München, Nürnberg und Fürth nicht gelten lassen, so daß dieser Lohnstreit vor dem Tarifausschuß bzw. vor dem Arbeitsgericht zur Entscheidung anhängig gemacht wurde.

Für die Arbeiter der Staatsbauverwaltung wurden im Mai und im Oktober getrennt Verhandlungen mit dem bayerischen Staatsministerium des Innern geführt und erreicht, daß die bestehenden Ortslohnzulagen erhöht wurden und somit etwa 80 bis 90 Proz. der Arbeiter mit Wirkung vom 2. Januar 1928 pro Arbeitsstunde 3 bis 4 Pf. Lohnaufbesserung erhalten.

Daß die Tariffschiedsstelle wiederholt wegen Tarifstreit in Funktion treten mußte, sei der Vollständigkeit halber hier ebenfalls erwähnt.

Ein gleichfalls ernster Kampf wird seit Jahren um die Versorgungskasse geführt. Eine Denkschrift im Oktober 1926 gab Veranlassung, die Frage in den Vordergrund zu rücken. Die Tarifkommissionen befaßten sich in ihrer Sitzung am 27. Oktober 1927 ebenfalls wieder mit der Frage der Versorgungskasse. Sie beschloßen zum wiederholten Male an die bayerische Staatsregierung zwecks Errichtung einer solchen Kasse heranzutreten.

Trotzdem der Bayerische Landtag des öfteren schon der Errichtung einer Versorgungskasse für die bayerischen Staatsarbeiter zugestimmt hatte, konnte sich die bayerische Staatsregierung auf unseren Antrag hin die nachstehende ganz unglaubliche Antwort leisten:

„Der in der Vollziehung des Bayerischen Landtages vom 3. Februar 1926 gefaßte Beschluß über die Schaffung einer Versorgungseinrichtung für die Arbeiter der bayerischen Staatsverwaltung setzt

1. die Errichtung einer Pensionskasse für die Arbeiter der Reichsverwaltungen, 2. die Bereitstellung der für die Versorgung der Arbeiter bei der bayerischen Staatsverwaltung erforderlichen Mittel durch das Reich voraus. Beide Voraussetzungen sind noch nicht erfüllt. Nach dem Stande der über die Schaffung der „Zusatzversorgungskasse des Reichs und der Länder“ schwebenden Verhandlungen läßt sich zurzeit nicht überblicken, ob und wann die geplante Zusatzversorgungskasse errichtet werden wird. Die von den Ländern mit dem Reich geführten Verhandlungen über die unter Ziffer 2 genannte Voraussetzung sind leider bisher ergebnislos verlaufen. Unter diesen Verhältnissen bin ich zu meinem Bedauern noch nicht in der Lage, zu den im nebenstehenden Schreiben aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Eine abschließende Entscheidung kann erst getroffen werden, wenn auf Grund der endgültigen Fassung des Satzungsentwurfes der Reichszusatzversorgungskasse ein zuverlässiger Schluß auf die Kosten einer der Reichseinrichtung entsprechenden bayerischen Versorgungsstelle oder des Beitritts des bayerischen Staates zur Reichszusatzversorgungskasse gezogen werden kann.“

Der Kampf ging also in Bayern um drei der wichtigsten Fragen. Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit, die trotz alledem in allen Betrieben noch nicht erreicht werden konnte, Besserstellung der Löhne in allen Orts- und Lohnklassen, damit einigermaßen ein auskömmlicher Lohn für alle Arbeiter gesichert wird, und Schaffung einer Versorgungskasse. Da letztere nach den neuesten Meldungen für die Reichsarbeiter gesichert ist, wird in Bayern eine noch viel lebhaftere Tätigkeit einsehen müssen, um auch hier dieses Ziel recht bald zu erreichen. Die bayerischen Staatsarbeiter müssen daraus die Schlußfolgerung ziehen und ihrer Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, beitreten. Weigl.

Arbeitsgerichte

Wann haben „vorübergehend Beschäftigte“ trotz entgegenstehenden Reverses Anspruch auf Einhaltung einer 14tägigen Kündigungsfrist gemäß § 19 RNT.-G. 1926. Die Stadterverwaltung E. stellte im Juli 1925 einen Rohrleger für eine bestimmte Arbeit als vorübergehend beschäftigt ein. Nach Fertigstellung dieser Arbeit beschäftigte sie ihn jedoch noch weiter, ließ aber einen Revers unterschreiben, wonach der Rohrleger weiter als „vorübergehend beschäftigt“ anzusehen sei und täglich ohne Kündigung entlassen werden konnte. Im Februar 1927 wurde er dann auch ohne Kündigung wegen Arbeitsmangel entlassen. Der Kollege verlangte nun auf Grund des § 19 RNT.-G. 1926 eine 14tägige Kündigungsfrist und als ihm dies verweigert wurde, klagte er auf Zahlung des Lohnes für diese Kündigungszeit. Das Landesarbeitsgericht als Berufungsinstanz fällte folgendes Urteil:

„Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 68,16 RM. zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.“

In der Begründung heißt es:
„Nach § 19 des Reichsmanteltarifvertrages für die Gemeindearbeiter kann das Arbeitsverhältnis bis zum Ablauf der ersten sechs Wochen beiderseits fristlos gekündigt werden. Nach sechswöchiger Beschäftigung gilt eine

14tägige Kündigungsfrist. Nach § 2 ist bezirkliche Vereinbarung vorbehalten, wer als vorübergehend beschäftigt zu gelten hat, und ist für diese Arbeiter der Tarifvertrag nicht anzuwenden. Für die Provinz Brandenburg besteht eine solche Bezirkszusatzvereinbarung. Hiernach sind vorübergehend beschäftigt diejenigen Arbeiter, die für eine ihrer Natur nach vorübergehende Arbeit eingestellt sind. Bei der Einstellung ist dies ausdrücklich zu vereinbaren. Die mündliche Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht hat aber ergeben, daß der Kläger für eine bestimmte Arbeit vorübergehender Art nur bis zum 22. Februar 1926 beschäftigt war. An diesem Tage wurde ihm eine schriftliche Erklärung aberlangt, daß er nur als vorübergehend beschäftigt eingestellt sei und täglich ohne Kündigung entlassen werden kann. Er wurde von da an einmal hier und einmal dort als Rohrleger beschäftigt. Die Beklagte konnte nicht behaupten und nachweisen, daß jedesmal ausdrücklich vereinbart worden sei, daß der Kläger nur für bestimmte, ihrer Natur nach vorübergehende Arbeit eingestellt sei. Nach der Bezirkszusatzvereinbarung braucht allerdings die Einstellung zu vorübergehender Beschäftigung nicht schriftlich zu erfolgen. Aber sie muß ausdrücklich erfolgen, und sie muß, wie auch von dem an dem Abschluß des Tarifvertrages beteiligten als Zeugen benommenen Stadtrat M. bestätigt worden ist, für eine ganz bestimmt bezeichnete vorübergehende Arbeit ausdrücklich getroffen werden. Nach den Verhandlungen über die Bezirkszusatzvereinbarung ist nach der Bekundung des Zeugen M. kein Zweifel, daß im anderen Falle Arbeiter, wenn sie länger als sechs Wochen tätig sind, nur unter Einhaltung einer 14tägigen Kündigungsfrist nach § 19 des RNT. gekündigt werden können. Im vorliegenden Falle ist aber der Kläger zwar wechselweise mit vorübergehenden Arbeiten beschäftigt worden. Man hat aber nicht jedesmal ausdrücklich, wie die Bezirkszusatzvereinbarung voraussetzt, unter genauer Bestimmung der einzelnen vorübergehenden Arbeit einen neuen Arbeitsvertrag abgeschlossen, sondern man hat ihn durch Zuweisung immer neuer Arbeit aus dem Kreise der vorübergehend beschäftigten Arbeiter in den Kreis der dauernden Arbeiter gehoben. Diese Rechtswirkung mag dem Willen der Beklagten nicht entsprochen haben. Daraus kommt es aber auch dem unabhängigen Tarifvertrag nicht an. Der Kläger ist also nach und nach in die Stellung eines regelmäßigen Arbeiters der Beklagten hineingelangt. Ihm standen daher auch die Rechte aus § 19 des Manteltarifvertrages zu. Da hinsichtlich der Höhe des Lohnes für 14 Tage mit 68,16 RM. kein Streit besteht, war daher, wie gesehen, zu erkennen.“ (Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin vom 25. Januar 1928, Akt.-Z. 103 S 597.277. A. C. 145. 27., Eberswalde.

Gas, Wasser, Elektrizität

Kommunale Ferngasversorgung in der Pfalz und in Hessen. Der Abschluß einer Gasversorgungsgemeinschaft zwischen den Städten Mannheim und Frankfurt a. M., die unter der Firma „Westdeutsche Gasversorgungs-A.-G.“ unter Ausnützung ihrer Kraftreserven Südwestdeutschland mit Gas versorgen wollen, hat die schon seit längerer Zeit erörterte Frage der Gasfernversorgung in der Pfalz akut werden lassen. Die kreisunmittelbaren Städte der Pfalz und der Kreis Pfalz haben mit Zustimmung der bayerischen Regierung beschlossen, zu Studienzwecken eine A.-G. für Ferngasversorgung zu bilden. Private Unternehmen sind von der Mitgliedschaft ausgeschlossen, dagegen sollen die Landgemeinden und mittelbaren Städte der Pfalz der A.-G. später angeschlossen werden. Die Gründung der A.-G. dürfte noch im Laufe dieses Monats zu erwarten sein. — Weitgehender ist der Beschluß der drei hessischen Provinzen sowie der Städte Darmstadt, Mainz, Worms und Gießen. Diese haben sich zur einheitlichen öffentlichen Organisation der Ferngasversorgung mit dem hessischen Staat zusammengeschlossen und eine Hessische Kommunale Gasfernversorgungsgesellschaft („HeKog a“) gegründet. Wegen des Gasbezuges soll die neue Gesellschaft sowohl mit der kürzlich gegründeten Südwestdeutschen Gas-A.-G. Frankfurt als auch mit der A.-G. für Kohleverwertung, Essen, in Verbindung stehen.

Reichs- und Staatsarbeiter

Die Wahlen zu den Betriebsvertretungen für den Bereich des preußischen Finanzministeriums und Ministeriums des Innern sind am 17. und 18. März, für den Bereich des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung am 26. und 27. März, für das Ministerium für Handel und Gewerbe am 30. und 31. März, für den Bereich der Reichsfinanzverwaltung am 26. und 27. März. Verbandskollegen, sorgt dafür, daß diese Wahlkämpfe sich zu einer machtvollen Willenskundgebung für unsere Organisation gestalten. Wählt restlos einmütig und geschlossen nur die freigewerkschaftlichen Listen.

Für die Wahlen zum Hauptbetriebsrat im Bereiche der Reichsfinanzverwaltung ist eine zweite Arbeiterliste nicht eingereicht und gilt unsere Liste dementsprechend als gewählt. — Wir erwarten aber auch hier von unseren Kollegen, daß sie sich restlos an den Wahlen zu den örtlichen und Bezirksbetriebsräten beteiligen, damit auch diese Wahlen auf der ganzen Linie mit einem Siege für die freigewerkschaftlichen Listen, insbesondere unserer Organisation enden.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Neuer Riesenkampf in der Metallindustrie. Die Tatsache, daß Ende März 1928 der größte Teil der Tarifverträge abläuft, benützt die Schwerindustrie dazu, ungeheure Wirtschaftskämpfe hervorzurufen, nur, um ja nicht von ihren Riesenprofiten etwas abzugeben. Der mitteldeutsche Metallarbeiterstreik ist kaum durch das unqualifizierbare Eingreifen des Reichsarbeitsministers beendet, so droht bereits wieder eine Riesenausperrung in Berlin, in die etwa hunderttausend Metallarbeiter hineingestoßen werden dürften. Wie in Mitteldeutschland, hatten in Berlin zunächst die Werkzeugmacher Forderungen auf 15 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde gestellt. Obwohl die Unternehmer selbst anerkennen, daß es sich hier um die wertvollste Arbeitergruppe handelt, wollen sie ihr die Lohnzulage nicht bewilligen, angeblich, weil die Industrie diese Lohnerhöhungen nicht tragen könne. Die Werkzeugmacher stehen daher seit längerer Zeit im Streik. Und nun drohen die Unternehmer mit der Riesenausperrung, die in diesen Tagen perfekt werden soll. Wie in Mitteldeutschland, ist auch die Berliner Arbeiterkassette deshalb keineswegs erschreckt und wird den Ausgesperrten gegenüber volle Solidarität üben. Selbst das AFA-Metallkartell hat folgenden Aufruf zur Solidarität mit den Metallarbeitern erlassen:

Die von Siemens usw. aus Anlaß der Werkzeugmacherlohabewegung angebrochte Ausperrung ist trotz der gefährlichen Konjunktur und ohne Rücksicht auf die Folgen für die Allgemeinheit inzwischen Tatsache geworden. Wir erwarten, daß die Angestellten die im Jahre 1919 von den Berliner Metallarbeitern bewiesene praktische Solidarität nicht vergessen haben und jede irgendwie geartete Streibreaktion bestimmt ablehnen.

Wie es aber mit der „Not“ der Metallindustriellen bestellt ist, das hat am 3. März der Reichstagsabgeordnete Kurt Heinig in Reichstagsgeheimung illustriert:

Wir erleben jetzt in Berlin ein Beispiel dafür, daß die Unternehmer den Standpunkt vertreten, es sei unmöglich, den Arbeitern auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung zu geben, nicht einmal so hoch qualifizierten Arbeitern wie den Berliner Werkzeugmachern. Einjagen möchte ich hier — und ich hoffe, daß das weit hinaus gehört wird — daß nicht nur in dem roten Berlin, sondern weit darüber hinaus volle Solidarität mit den kämpfenden Metallarbeitern besteht, die jetzt die Aufgabe haben, Herrn Siemens bezubringen, daß er seine Selbstkosten richtig berechnet. Es ist doch so, daß, so wenig auch die Nationalisierung abgeschlossen ist, doch infolge der Nationalisierung der jüngst vergangenen Jahre der Lohnanteil in den Selbstkosten aus dem Mittelpunkt an den Rand gedrückt worden ist. Gestatten Sie, daß ich Ihnen einige Zahlen dazu gebe. Es ist zwar schwierig, etwas über die Umsatzziffern der deutschen Industrie zu erfahren. Hier läge auch eine sehr dankbare Aufgabe für das Reichswirtschaftsministerium, das seine Schmalenbach-Gutachten und sonstigen Selbstkostenberechnungen nicht im Schreibeisch eingeschlossen lassen, sondern öffentlich dazu Stellung nehmen sollte. Aber alle Selbstkostenberechnungen, so schwierig die Feststellungen darüber auch sein mögen, zeigen ein ganz entschiedenes Herausdrücken des Lohnkostenanteils aus der Mitte der Selbstkosten. Ich glaube, für die Verhandlungen der Berliner Werkzeugmacher werden die drei Zahlen, die ich jetzt vom Siemens-Schudert-Konzern angeben will, eine kleine Unterfütterung sein. Wenn man diese offiziellen Darlegungen genauer untersucht, ist es nämlich in gewissem Umfange möglich, einen Vergleich zwischen Löhnen und Gehältern und Umsatz zu ziehen. Dabei ergibt sich folgendes: Der Siemens-Schudert-Konzern hat im Jahre 1924/25 176 Millionen Mark Lohn und Gehalt gezahlt. Ob dabei die Direktorengehälter einbezogen sind, weiß ich nicht. Soweit sie offiziell und nicht in der Form von Lautenem erscheinen, halte ich es nicht für angebracht. Im Jahre 1925/26 hat der Siemens-Schudert-Konzern wieder 176 Millionen Mark für Löhne und Gehälter ausgegeben, also beinahe auf den Pfennig dasselbe wie im Jahre vorher. Im Jahre 1926/27 sind 182 Millionen Mark für Löhne und Gehälter ausgegeben worden. Wir sehen also fast ein völliges Gleichbleiben des Lohnkontos. Nun vergleiche man damit, was der Siemens-Schudert-Konzern bei seiner Umwandlung aus einer G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft als Umsatz angegeben hat, als er in den Vereinigten Staaten eine Anleihe suchte. Dort sind nämlich die Börsenzulassungsstellen strenger als in Deutschland. Wenn man das mit den Angaben des Herrn v. Siemens über die Steigerung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahre vergleicht, kommt man zu folgendem interessanten Ergebnis:

1925/26 176 Millionen Mark Löhne und 600 Millionen Mark Umsatz!
1926/27 182 Millionen Mark Löhne und 1,1 Milliarden Mark Umsatz!

Wenn man also den Berliner Werkzeugmachern keinen angemessenen Tariflohn zubilligen will, so ist das eine Scharfmacherpolitik, die in das Jahr 1900 gehört, die aber nichts mit dem neuen Deutschland zu tun hat. Der Kampf der Metallarbeiter muß zu einem siegreichen Ende geführt werden. Ihr Kampf ist der Kampf aller Arbeiter. Unterliegen die Metallarbeiter, so schwillt den Unternehmern der Kamm noch mehr. Die Kämpfe reißen über auf andere Industrien, wo sie nicht immer erfolgreich für die Arbeiter enden werden. Diese halb und ganz verlorenen Kämpfe drücken natürlich dann auch auf die Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Darum übt Solidarität mit den Metallarbeitern!

Aus unserer Bewegung

Dresden. In der Generalversammlung am 8. Februar 1928 erstattete Kollege Förster über das Jahr 1927 den Geschäftsbericht. Die Filiale Dresden hatte auch im vergangenen Jahre einen stetigen Aufschwung zu verzeichnen. 1926 betrug die Mitgliederzahl 7768, Ende 1927 war sie auf 8763 angewachsen. — Kollege Heider gab dann den Kassenbericht, der ebenfalls Zeugnis von einer günstigen Entwicklung der Filiale gab. Das Filialvermögen hat sich im wesentlichen erhöht, wenn auch das Vermögen pro Kopf noch hinter den Zahlen von 1914 zurückbleibt. — Von den vorliegenden Anträgen wünschten einige die Erhöhung der Beiträge im Filialvorstand und die Beseitigung des durch die Generalversammlung 1927 eingeführten Delegiertensystems. Beide Arten Anträge wurden abgelehnt, da die Erfahrungen mit dieser Einrichtung erst noch abgewartet werden müssen. Andere betrafen die Zuständigkeit der Reichstarkommission sowie des Verbandsvorstandes. Sie wurden zum Beschluß erhoben und den zuständigen Stellen übersandt. Eine Entscheidung, die sich gegen das Verhalten des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer wandte und das Vorgehen unseres Verbandes, mit dem Eisenbahnerverband und dem Verkehrsbund zu einer großen, leistungsfähigen und ausschlaggebenden Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Dienste und des Verkehrs zu kommen, begründete, die Festigung des Achtstundentages verlangte und den Kampf gegen die Gegner der Kommunalwirtschaft energisch zu führen verlangte, fand einstimmige Annahme. Desgleichen eine solche, die den kämpfenden Metallarbeitern die Sympathie aussprach, das Pflegepersonal zu weiterem Kampf um Einführung einer kürzeren Arbeitszeit aufforderte und an der jetzigen Ruhe-lohnverförmung der Gemeindegewerkschaft Kritik übt. — Wiedergewählt wurden Förster zum Vorsitzenden, Heider zum Kassierer und Möscher zum Schriftführer. Als Beisitzer wurden gewählt: Mag Hennig, Jacobi, Hehn, Weise, Rauthe, Dellagrini, Kirchhof, Cauterbach, Heinrich Hennig, Herde, Wolf, Dießsch und Dreißig.

Hamburg. In der Generalversammlung am 24. Februar 1928 wurde der gedruckt vorgelegte Bericht von Ihle und Amung kurz ergänzt. Die Diskussion brachte keine wesentlichen Gegenäußerungen. Die Wahl des Vorstandes ergab gegen zwei kommunalistische Mitglieder einmütige Wiederwahl der bisher amtierenden bejodeten sowie unbefodeten Mitglieder. Das gleiche geschah bezüglich der Revisoren und des Obmannes der Türkontrollen. Der Vorstand besteht auch für 1928 aus den Kollegen: Ihle, Schulz, Weikel, Bien, Hinrichs, Riesen, Qualek, Segelke, Tangolis, Möller, Kirchner, Räßmann, Schmedemann, Busch und Werner.

Meuselwitz i. Thür. In der gutbesuchten Filialversammlung am 17. Februar wurde der Bericht über die in Leipzig abgehaltene Konferenz der Kammerearbeiter der Wirtschaftskreise Thüringen und Sachsen gegeben. Beschlössen wurde, auch in diesem Jahre eine Bildungsfahrt für die Filialmitglieder zu veranstalten.

Landstraßenwärter

Loburg. In der Versammlung der Straßenwärter des Kreises Jerichow am 24. Februar hielt Herr Dr. Müller von der Firma Teller u. Comp., Magdeburg, einen Lichtbildervortrag über: „Die Bekämpfung der Baumschädlinge“. Gauleiter Ude berichtete dann, daß der Lohnarif gekündigt ist und in den nächsten Tagen über einen neuen Tarif verhandelt wird. Die Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl ist so gehalten, daß aus jedem Straßenmeisterbezirk je ein Kollege vertreten ist. Die nächste Versammlung soll im Mai wieder in Loburg stattfinden.

Rundschau

Die Volkshochschule Coburg b. Schwäbisch Hall, veranstaltet Viertelsjahrskurse mit folgenden Unterrichtsgebieten: Wirtschaftskunde, Arbeitsrecht, Fragen der Technik, Gesellschafts-, Staats- und Völkereunde, Fragen der Weltanschauung und der Psychologie, Gesundheitslehre, Darbietungen aus bildender Kunst, Dichtung und Musik, Uebungen im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache. Die Kosten betragen monatlich 70,— Mk., Unterkunft und Verpflegung inbegriffen. Es stehen eine größere Anzahl von Teil- und Voll-Freistellen zur Verfügung. Zugelassen sind Arbeiter über 18 Jahre. Der Sommerkursus dauert vom 1. Mai bis Ende Juni 1928. Meldung mit Darlegung der besonderen geistigen Interessen und unter Beifügung eines selbstverfaßten Lebenslaufes bis spätestens 20. März 1928 an die Volkshochschule Coburg.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter F. Müntz, Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin SO. 36, Schließische Str. 42.

Eingegangene Schriften und Bücher

Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke, Band 4: Gewerkschaftskampf und Massenstreik. Verlag Internationale Verlagsanstalten G. m. b. H., Berlin C25, 1928. Das Werk umfaßt 704 Seiten und ist auf holzfreiem Papier gedruckt. Das broschurierte Exemplar kostet 8,50 Mk., das halbleinen gebundene Exemplar 13 Mk.

Rosa Luxemburg hat sich naturgemäß bei ihrem regen Temperament nicht nur mit Parteifragen beschäftigt, sondern ist auch sehr häufig auf die wirtschaftlichen Dinge eingegangen in Aufsätzen und Reden und hat dabei insbesondere die verschiedensten gewerkschaftlichen Fragen behandelt. In der Herausgabe dieser Schriften sind nun diese Aufsätze zusammengestellt mit folgenden Kapiteln: 1. Soziale Zustände und Gewerkschaften. 2. Partei und Gewerkschaften. 3. Die Matfeier. 4. Die belgischen Massenstreiks. 5. Die Massenstreikdebatte 1905/06. 6. Wahlrechtstämpf und Massenstreik. — Wie man sieht, in der Hauptsache eine Zusammenfassung einerseits des Verhältnisses zwischen Gewerkschaft und Partei, andererseits des Massenstreiks und der Arbeiterschaft in Deutschland. Es ist ganz selbstverständlich, daß — aus der Zeit herausgeboren — diese Aufsätze ganz ungleichartig sind und nicht einheitlich angesehen werden können. Manches mutet uns heute noch recht eigentümlich an, so z. B. die Auspielung, daß die Gewerkschaftsarbeit eine Sippensarbeit sein könnte. Dagegen ist feinerzeit sehr viel polemisiert worden, wie ja auch ein Teil der Polemik in diesem Buche enthalten ist. Aber das ist nicht das Entscheidende für den Gesamtwert des Buches, den wir ziemlich hoch schätzen, als da eine Fülle von Material und Betrachtungen wiedergegeben werden, die auch heute noch Interesse haben werden. Ein viel genanntes Zitat über die Borniertheit der Gewerkschaftsschule auf dem Kongreß in Köln geht auf Seite 395 nieder — wird aber leider nicht richtig wiedergegeben. Es liegt uns fern, aus Anlaß einer Buchbesprechung uns in Polemiken zu ergeben. Selbstverständlich ist das Buch kritisch zu lesen, aber für unsere jüngeren Genossen und Mitglieder, die die früheren Kämpfe der Gewerkschaften und die vielfachen Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaft nicht kennen, ist diese Auffrischung durchaus angebracht. Der kritische Sinn der Gegenwart gewährt dem einzelnen schon, gläubig alles hinzunehmen. Unter dieser Einschränkung können wir das Buch für unsere Bibliotheken durchaus empfehlen.

Samuel Compers. Arbeiterschaft und Volksgemeinschaft in den Vereinigten Staaten in Amerika. Von Dr. Hermann Lufft. 216 Seiten Oktav. Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61. 1928. Preis in Ganzleinenband 7,20 Mk.

Das vorliegende Buch schildert Compers, den Mann in seiner Zeit, in seinem Lebenswerk, inmitten des amerikanischen Volkes. Der Verfasser des Buches, der zehn Jahre in Amerika gelebt und in amerikanischen Fabriken mit amerikanischen Menschen gearbeitet hat, sucht uns Samuel Compers und das Wesen der amerikanischen Gewerkschaften näher zu bringen. Dabei spielt die Autobiographie insofern eine Rolle, als sie in einer kurzen Einleitung von zehn Seiten abgehandelt wird, während der Hauptteil des Buches sich mit der Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaften in der Vorkriegszeit beschäftigt, ferner mit der Lebensanschauung Compers, mit seiner Auffassung von der Durchsetzung der Persönlichkeit, vom Aufbau der American Federation of Labor, von der Gedankenwelt der American Federation of Labor, von der Gewerkschaftsidee zur nationalen Idee; all dies wird in einzelnen Kapiteln geschildert. Angehängt sind eine Anzahl Compers' Worte, über die man im einzelnen natürlich sehr verschiedener Meinung sein kann. Das Buch erscheint uns insofern beachtenswert, als es ziemlich eingehend das Wesen der amerikanischen Gewerkschaften schildert, über die Material zu erhalten und zu veröffentlichen auch heute noch am Blase ist.

Die Geschichte unserer Welt. Von H. G. Wells. Verlag Paul Hofmeyr, Berlin, Wien, Leipzig. Preis 5,60 Mk. in Pappband, 7.— Mk. in Leinen.

Der bekannte englische Romancier und Sozialist H. G. Wells hat neben seinen vielen Romanen, Grotesken und humorvollen Erzählungen sich auch vor einigen Jahren daran gemacht, die Geschichte unserer Welt zu schreiben in einer so knappen und übersichtlichen Form wie das bisher wohl in keiner Sprache geschehen ist. Das Buch hat ungeheure Sensation zunächst in England und Amerika ausgelöst und darf in seiner deutschen Uebersetzung auch jetzt auf rege Anteilnahme in weitesten Kreisen rechnen. Von vornherein möchte man sagen, daß die Sprache so knapp, klar und verständlich ist, daß jeder Arbeiterleser sie vollständig erfassen kann. Wohl läßt es sich bei naturwissenschaftlichen Betrachtungen nicht vermeiden, eine Anzahl Fremdwörter und Spezialausdrücke zu gebrauchen, die nicht jedem geläufig sind. So wird es manchmal notwendig sein, daß ein Arbeiterleser ein kleines Wörterbuch zur Hand nehmen muß. Im ganzen aber ist dieser kleine Band von kaum 450 Seiten, kleines Oktavformat, ein Musterbeispiel dafür, wie man in knapper Weise ungeheuer viel und interessant darstellen kann. Wells bekennt bereits zu Anfang, daß er nur die Absicht habe, einen Auschnitt zu geben, und zwar beginnt er nach einer kurzen Darstellung in zwei Kapiteln über die Welt im Raum und die Welt in der Zeit mit den Anfängen des Lebens, die aber auch nur 6 kurze Kapitel umfassen. Denn schon tauchen bei ihm die Affen und „Untermenschen“ auf und über den bekannten Neandertaler wird eine Entwicklung des Menschen in rascher Folge dargestellt in etwa 60 Kapiteln bis zum Weltkrieg und

den politischen und sozialen Wiederaufbau unserer Welt in der Jetztzeit. Dem Büchlein ist angeschloffen eine geologische Tabelle, die zwar wie alle geschichtlichen Daten ergänzt oder vermindert werden könnte, die also ein mehr oder minder individuelles Gepräge zeigt. Dann folgen ein Namensverzeichnis und eine kleine höchst interessante Serie von historischen Karten in bezug auf die Gestaltung der verschiedenen Reiche bis zur Jetztzeit. Das Buch ist so fabelhaft knapp gehalten und dennoch bietet es die ungeheure Mannigfaltigkeit des Weltgeschehens in einer solchen Uebersichtlichkeit, wie das vorher in der Literatur wohl niemals geschehen ist. Daber darf es nicht wundernehmen, daß dieses Buch in englischer Sprache eine ungeheure Auflage erlebt hat und es ist anzunehmen, daß auch in Deutschland diese Weltgeschichte eine große Verbreitung findet in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft. Das möchten wir ihr auch durchaus gönnen; denn hier liegt neben einem starken Realismus in der Darstellung eine warmherzig geschriebene, von unserer Weltanschauung befeelte Arbeit vor. Das Büchlein sollte nicht nur in unseren Bibliotheken überall zu finden sein, sondern die Kollegen sollten auch über unsere Abteilung „Bücher und Schriften“ sich das Büchlein anschaffen.

Die Ausführungsvorschriften zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Gemeinsam mit Regierungsrat Dr. Fritz Berndt, Direktor Margarete Ehler, Ministerialrat Dr. Bernhard Lehfeld, Präsident Dr. Friedrich Srup, erläutert von Geh. Reg. Rat Dr. Oscar Weigert, Ministerialdirigent am Reichsarbeitsministerium. (Bücherol des Arbeitsrechts. Neue Folge, Band 6a) 506 Seiten Oktav in dauerhaftem Ganzleinenband 12 Mk., 1928. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 61.

Zu dem bekannten bereits im 10. Tausend vorliegenden Kommentar zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung liegt nunmehr der erwartete Ergänzungsband vor, der die umfangreichen Ausführungsvorschriften des Reichs und der Länder zusammenfaßt. — Die Verfasser, die als zuständige Referenten im Reichsarbeitsministerium, in der Reichsarbeitsverwaltung und der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am Zustandekommen des Gesetzes und der Ausführungsvorschriften entscheidend mitgearbeitet haben, dürften in erster Linie als berufen betrachtet werden, die Absichten und Ziele des Gesetzes maßgebend darzulegen.

Das Schwerbeschädigtengesetz. Kommentar zum Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter von Dr. jur. et rer. pol. Richard Knaak. Oktavformat. 217 Seiten. In Leinen gebunden 5 Mk. Georg Stilke, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 65.

Der Kommentar will eine wissenschaftliche Behandlung der Materie mit möglichst großer Brauchbarkeit des Buches verbinden. Von diesem Gedanken aus werden zunächst die theoretischen Grundlagen jeder Bestimmung untersucht und sodann die zahlreichen Streitfälle der Praxis erörtert, deren Fülle das ausführliche Inhaltsverzeichnis erkennen läßt. Die Erörterung des Gesetzestextes ist in systematischer Weise erfolgt, da bei der Komplexität der Bestimmungen eine Kommentierung in Form von Anerkennungen nicht zweckmäßig gewesen wäre. Alle seit dem Bestehen des Gesetzes ergangenen, bisher nicht zusammengefaßt gewesenen Änderungen sind eingefügt worden. Die Pflichten der Arbeitgeber, die Rechtslage der Schwerbeschädigten und die Befugnisse der mit der Durchführung des Gesetzes betrauten Behörden sind eingehend behandelt. An Hand statistischen Materials wird gezeigt, daß die Bedeutung des sich jetzt auf einen Personenkreis von nicht viel weniger als einer halben Million erstreckenden Gesetzes in absehbarer Zeit keine Minderung erfahren dürfte. Sowohl den Schwerbeschädigten und deren Verbänden, sowie den einzelnen Arbeitgebern, aber auch den Hauptfürsorgestellen, Anwälten und Arbeitsgerichtsbehörden wird dieser Kommentar wertvolle Dienste leisten.

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927, nebst Ergänzungsbestimmungen. Textausgabe mit ausführlichem Sachregister. Herausgegeben von Karl Danner, Landesgerichtspräsident a. D. Reclams Universalbibliothek Nr. 6815/16. Heft 80 Pf. Band 1,20 Mk.

Die Musikanten-Gilde. Blätter der Vorbereitung für Jugend und Volk. Herausgegeben von Fritz Jöbe und Fritz Reusch. Georg Neuberger-Verlag, Wolfenbüttel. Aus dem Inhalt Heft II 1928: „Musik und Jugend II“, von Hans Freyer, „Jugendmusik und Kirche“ von Erich Bogelwang, „Aus meiner Musikarbeit in der Volksschule“ von H. Schaller, „Landchaftliche Volkslieder“ von Fritz Jöbe. Die Beilage „Der Kreis“ gibt eine Anregung für die Chorpraxis von Fritz Reusch, Elsehart Pfannenstiel schreibt über „Erfahrungen mit Spieltheater auf Tagungen und Singtreffen“. Dazu folgt noch ein Aufsatz von Fritz Reusch über „Freie Rhythmiel und Polyrhythmiel“. Nr. 105 der „Lose Blätter“ liegt dem zweiten Heft bei.

Le Traducteur, französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt. Allen, die bereits Vorkenntnisse in der französischen Sprache besitzen, ihr Wissen aber auf unterhaltende und zugleich bildende Weise vervollkommen wollen, wird die Zeitschrift von großem Nutzen sein. Probeummern kostenlos durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Kurt Daurichter, „Die politische Macht des Alkoholkapitals“. Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Berlin SO 16, Engelstr. 29.

Wie blühend siehst Du aus!



Was für rosige Wangen, was für eine volle Figur hat Du doch bekommen!
 „Ja, das verdanke ich nur den **Eia-Traque-Bonbons.**“
 Die unschönen Knochenvorsprünge an Wangen und Schultern schwinden. Pfund für Pfund nehmen Sie zu, an allen Körperteilen zeigt sich Fettansatz, Unbehagen und Unlust weichen und nach ein paar Wochen hat das bisherige schmähliche Aussehen einer vollen ebensolchen Erscheinung Platz gemacht. Durch den Genuß der „**Eia-Traque-Bonbons**“ läßt sich das Körpergewicht in einigen Wochen um 10-30 Pfund erhöhen. Zugleich schaffen sie aber auch, indem sie die roten Blutkörperchen bis zu 50 Proz. vermehren Nervenkraft und Blut **schmachtet 2.50 Mk.** gegen Nachnahme. Nur zu beziehen von der „**Eia**“-Chem.-techn.Fabrik Berlin-Pankow, 90, Borkumstr. 2.

Geistiges Rüstzeug im Kampfe gegen den Alkoholismus sind unsere Schriften

- Wir empfehlen u. a.:
- Adler: Jugend und Alkohol. 5 Pf.
 - Baurichter: Der Freiheitskampf gegen das Alkoholkapital. 20 Pf.
 - Drucker: Der Sinn der sozialistischen Abstinenzbewegung. 25 Pf.
 - Forel: Der wahre Sozialismus der Zukunft. 20 Pf.
 - Holtscher: Alkohol und Krankheit. 5 Pf.
 - Jenssen: Sozialistische Lebensreform. 20 Pf.
 - Jenssen: Mehr Geist - weniger Spiritus. 5 Pf.
 - Plotke: Wider den Trunk (Gedichtsammlung). 50 Pf.
 - Sollmann: Sozialismus der Tat. 20 Pf.
 - Weinberg: Der Alkohol vor dem Strichter. 30 Pf.
 - Weisbart: Wunderquell und Romas'chen (2 Märchen). 20 Pf.
 - Wunsch: Alkohol, Elektrizität und Nervenstrom. 10 Pf.
- Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund, Berlin SO-16, Engelafer 29, die Organisation der sozialistischen Alkoholgegner.
 Reichhaltiges Lager an Flugblättern und sonstigem Werbematerial. / Proben unentgeltlich. (F)

Raucht **GARBÁTY**
 Baccarat

Der modernste **Treyophon** Sprechapparat! Neueste Metallführung!

LANGJÄHRIGE GARANTIE
1 WOCHENRATE

F) direkt ab Fabrik **Schallplatten** all. Marken bequeme Ratenzahlung. Verlangen Sie sofort Liste F.

SPRECHAPPARATE-BAU-GES. **FREIER u. CO. BERLIN N4. CHAUSSEESTR. 46 I. ETG.** NOK. JEN 669

ODEON
 Musik-Apparate Musik-Platten
 Columbia-Platten
Teilzahlung
 Die führende weltbekannte Marke Unvergleichl. in d. Tonwiedergabe
Tisch-, Schrank- u. Kofferapparate
 Beamte ohne Anzahlung! 12 Monate Kredit Monatsrate von **M. 3.50** an in all. Preislsg. b. z. best. Ausfüh. **Odeon - Elektr. - Platten** d. Musikplatte in höchst. Vollendg.
6 Musik-Platten Durchm. 25 cm Wochensatz **M. 6.65** bis zur Luxusplatte. (E) Kostenl. neueste illustrierte **Kataloge Nr. 20** **MUSIK-VERSANDHAUS HERMANN KATZ**
 Berlin SW 68, Friedrichstr. 201 V an der Leipziger Straße

Theater- u. Reiseglas wie Abbild. mit Etui **3.25** zum Spottpreis v. M. **3.90**
 Gutgeh. Herren-Tasch.-Anker-Uhr. . . von M. **2.90** an
 Armband-Uhren für Herren und Damen **5.90** von M. **5.90**
 Photo-Kamera, 4 1/2 x 6 cm, nur M. **1.20**
 Photo-Platten, -Kassetten, Füllfederhalter, Taschenaepotheken usw. Versand nur unter Nachnahme. Illustrierter Katalog gratis.
Willy Bock, G. m. b. H., Berlin W30 / Gw.

Editer Hanewacker der berühmte Nordhäuser Kautabak (F)

F) Unertant beste Bezugsquelle für **billige böhmische Bettfedern!**
 1 Pfund graue, gute gefüllte Bettfedern 80 Pf. bessere Qualität 1.- Mk.
 Halbweiche, flaumige 1.20 Mk. und 1.40 Mk.; weiße, flaumige gefüllte 1.70 Mk., 2.- Mk., 2.50 Mk., 3.- Mk.; feinste, gefüllte Halbflaum-Bettfedern 4.- Mk., 5.- Mk., 6.- Mk. Graue Halbflaum 2.75 Mk. Kupffedern, ungefüllte mit Flaum gemengt, halbweiße 1.75 Mk., weiße 2.40 Mk., 3.- Mk., allerfeinster Flaumkopf 3.50 Mk., 4.50 Mk. Versand jeder beliebigen Menge zollfrei gegen Nachnahme von 10 Pf. an franco. Umtausch gestatter oder Geld zurück. Muster und Preisliste kostenlos.
 S. Benisch, Bettfedernexport in Prag XII, Böhm.

Käse postfrei ins Haus!
 Kugelkäse, Edamer, nur Form, 2 Köpfe, ca. 9 Pf. **4.85**
 Tafelkäse, Brot-, nur form, 2 Stück, ca. 9 Pf. **4.85**
 Zurücknahme wenn nicht gefüllt!
Gustav Westphal
 Altona 724 Hamburg (F)

Nur Ferge-Spielwaren

Ist der Wunsch all der vielen hunderttausend Kinder, die unsere Ware kennen. **Kaufen auch Sie an der Quelle!** Verlangen Sie den soeben erschienenen Katalog über Puppen- und Spielwaren. Tausende von Anerkennungs-schreiben. Als Reklame geben wir zu Vorzugspreisen je 100 Dutzend nachstehender Artikel ab unter Nachnahme: (F)

- 6346/1/50 **Hübsches Sitzbaby** mit selbsttätiger Mamastimme, Schlafaugen mit Wimper, 50 cm groß, Stück **8.40 Mk.**
- 6142/27/52 **Unzerbrechl. Laufpuppe** mit selbsttätiger Mamastimme, gute Ausfüh., 52 cm groß, Stück **2.30 Mk.**
- 6662/1/60 **Vollkugelgel. Laufpuppe** in pa. Ausfüh., Wimperschläfchen, la Frisur, 60 cm groß, Stück **9.10 Mk.**
- 63 **Wundervolle Künstlerpuppe**, unzerbrechl., letzte Neuheit mit Mamastimme, 50 cm groß, Stück **11.25 Mk.**

W. Ferge & Co., Sonneberg (Thür.)

UMSONST und portofrei versende an jedermann meinen großen **Hauptkatalog** über Solinger Stahlwaren sowie tausende andere Artikel. **Schreiben Sie sofort** eine Postkarte an: (F) **Stahlwarenfabrik und Versandhaus Emil Jansen, Wald Nr. 238 u. Solingen**

Schreiben Sie noch heute!
Musik-Sprech-App. Gratis
 ausführl. Anklär. Schritt u. Prachtkatalog 95
 Sie erhalten aus erster Hand **wirklich** **soilbe**
 (Klein-Federbruch durch Überdrehen (DRP))
 Klar, vollkomm. Naturton. Ganz n. Monoton.
 Schallplatt. erst. Firmen wöch. ab 15 Pf. u.
 Sprech-App. **D. Grahl, Leipzig C. 85**
 Fabrik. **Dillich-Ring 95**

Alpaca- u. Silber-Bestecke
 liefern direkt an Private **6 Monate Kredit** (F)
M. Haas & Co. Fabrik feinst. Tafelbestecke **Wettmann 31**
 Fordern Sie Muster u. Kataloge.

Holzbaracken * Holzhallen
 auf Abbruch von großer Berliner Baufirma gegen bare Kasse zu kaufen gesucht.
 Angebote an (F) **BAUKAEMPER, Berlin W35**
 Potsdamer Straße 31